



**MARCHIVUM**

MANNHEIMS ARCHIV  
HAUS DER STADTGESCHICHTE  
UND ERINNERUNG



## **MARCHIVUM Druckschriften digital**

**General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung.  
1886-1916  
108 (1898)**

135 (18.5.1898) Erstes Blatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-74993](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-74993)



# General-Anzeiger



(Badische Volkszeitung.)

der Stadt Mannheim und Umgebung.

(Mannheimer Volksblatt.)

## Mannheimer Journal.

(108. Jahrgang.)

Erscheint wöchentlich sieben Mal.

Bestellpreise und verbreiteste Zeitung in Mannheim und Umgegend.

E 6, 2

E 6, 2

Telegraphische Adressen:  
Journal Mannheim.  
In der Postliste eingetragen unter  
Nr. 2802.

Abonnement:  
60 Bfg. monatlich,  
Erstlingslohn 10 Bfg. monatlich,  
durch die Post bez. incl. Postauf-  
schlag M. 2.30 pro Quartal.

Interate:  
Die Colonnelle 20 Bfg.  
Die Reklamelle 60 Bfg.  
Eingel-Rummern 8 Bfg.  
Doppel-Rummern 5 Bfg.

Verantwortlich:  
für den politischen u. allg. Theil:  
Ernst Otto Dopp,  
für den lokalen und proo. Theil:  
Ernst Müller,  
für den literarischen:  
Karl Apfel,  
Notationsdruck und Verlag des  
Dr. G. Haas'schen Buch-  
druckerei,  
(Erste Mannheimer Typograph.  
Anstalt.)  
(Das „Mannheimer Journal“,  
in Eigenhum des katholischen  
Städtchospitals.)  
Sammtlich in Mannheim.

Nr. 135.

Mittwoch, 18. Mai 1898.

(Telephon-Nr. 218.)

Erstes Blatt.

Des Himmelfahrtstages wegen erscheint die nächste Nummer am Freitag.

Zum 18. Mai.

Heute vor 50 Jahren erfolgte, nachdem die Wahlen unter mancherlei Schwierigkeiten vollzogen waren, der Zusammentritt des ersten deutschen Parlaments zu Frankfurt a. M. Deutschland befand sich um diese Zeit in einer so zerrütteten Lage, wie wohl kaum je seit den Tagen Napoleons. In allen Staaten herrschte bedenkliche Gährung. Oesterreich befand sich in voller Revolution, in Baden war eben erst der Hecker'sche Aufstand niedergeschlagen worden, welcher das Werk der Nationalversammlung nicht gerade zu fördern geeignet war. Trotzdem richteten sich alle Blicke voll Hoffnung und Erwartung nach Frankfurt, wo die Nationalvertreter vom Volke mit unendlichem Jubel begrüßt wurden. Aus ganz Deutschland waren die Entusiastendemonstrationen herbeigeströmt, Zeugen des großen Tages zu sein, den man seit 50 Jahren erstrebt und auf dem Schlachtfeld von Leipzig mit dem Herzblute des Volkes bezahlt hatte. Alle Herzen beehrten das Gefühl der Zusammengehörigkeit, Hände wurden gedrückt, Bruderküsse gewechselt, und als die Abgeordneten sich am Morgen des 18. Mai im großen Kaiserpalast des Römer versammelten, huben die Freundschaftsküsse an und von allen Thüren begannen die Glocken zu tönen. In feierlichem Zuge begaben sich Johann die Nationalvertreter unter Glockengeläute und Kanonenschüssen durch das Spalier der Frankfurter Bürgerwehr, entblößten Hauptes, nach der Paulskirche, welche eine unabweisbare Menschenmenge umwogte. Die Hoch- und Freudenrufe wollten kein Ende nehmen. Selbst der Bundespräsident, an dessen Feindseligkeit und Unsicherheit jahrzehntelang jede vernünftige Reform gescheitert war und auch ferner (nach seiner Wiederherstellung) scheitern sollte, richtete eine schwingvolle Begrüßung an das Parlament, er, der sich soeben noch mit dem Fünfzigerauschuß über allerhand leidige Kompetenzfragen in wochenlangen Notenwechsel herumgestritten hatte. „In seinen Grundgesetzen“, hieß es in derselben, „hat das alte politische Leben gelebt, und von dem Jubel und dem Vertrauen des ganzen deutschen Volkes begrüßt, erhebt sich eine neue Größe, das deutsche Parlament! — Die deutschen Regierungen und ihr Organ, die Bundesversammlungen, mit dem deutschen Volke in der gleichen Liebe für unser großes Vaterland vereint und aufrichtig huldigend dem neuen Geist der Zeit, reichen den Nationalvertretern die Hand zum Willkommen und wünschen ihnen Heil und Segen.“

Ursprünglich war der 1. Mai zur Eröffnung des Parlaments bestimmt, da jedoch bis zu diesem Tage in zahlreichen Bundesstaaten die Wahlen noch nicht stattgefunden hatten, so verschob sich der wichtige Moment bis zum 18. Mai, an welchem Tage 390 Vertreter in Frankfurt versammelt waren. Im Ganzen wuchs die Zahl der Abgeordneten während der nächsten Wochen auf 605 an. Diese Zahl, obwohl groß an sich, entsprach doch nicht dem vorgeschriebenen Maßstab von 1 zu 50,000, denn man hatte den Wahlen die dem Jahre 1819 zustimmende Bundesmatrikel von 1842 zu Grunde gelegt, die nicht entfernt mehr den wirklichen Bevölkerungsverhältnissen entsprach. Vor Allem waren die beiden Großstaaten benachteiligt. Preußen sandte 117, Deutsch Oesterreich 55 Vertreter zu wenig.

Es war, im Ganzen betrachtet, eine buntgemischte Schaar, welche ihren Sitz in die Paulskirche hielt. Die Heiden des Geistes und der Feder waren in ihrer Blüthe vertreten, allein 118 Professoren, darunter Männer wie Dahlmann und Jakob Grimm, Wail, Droschke, Vogt, Rohmüller, Gerwinus, Schubert u. s. w. Die Dichtkunst repräsentierten Uhland, Wilhelm Jordan, Gustav Pfiffer, Anstasius Grün, Ernst Moritz Arndt. Auch der Turnvater Jahn fehlte nicht. Schon bei der zweiten Sitzung, am 19. Mai, zeigte sich bei der Präsidentenwahl, daß die Mehrheit für das Prinzip der konstitutionellen Erbmonarchie war, denn mit 305 von 397 Stimmen wurde ein Mann dieser Gesinnung, der heftige liberale Ministerpräsident Heinrich von Gagern, als provisorischer Präsident gewählt. Fast noch ein Anabe, hatte Heinrich von Gagern bei Waterloo mitgekämpft, dann huldigte er als begeisterter Burschenschafter der Idee eines großen deutschen Vaterlandes. Er war in der heftig-darmstädtischen Kammer Führer der liberalen Opposition, als solcher berief ihn der Großherzog an die Spitze des am 5. März 1848 neugebildeten liberalen Ministeriums. Niemand schien vorzüglicher für das verantwortliche Amt eines Präsidenten des ersten deutschen Parlaments geeignet. Ohne Zögern nahm er es an, indem er ersprach, es unpartheiisch zu führen. Rückhaltlos legte er in seiner Eröffnungsrede den Zweck der Versammlung, eine deutsche Verfassung zu Stande zu bringen, dar. „Wir haben“, rief er, „die größte Aufgabe zu erfüllen: wir sollen schaffen eine Verfassung für Deutschland, für das gesammte Reich! Der Beruf und die Vollmacht zu dieser Schöpfung, sie liegen in der Souveränität der Nation! Die Schwierigkeit, eine Verständigung unter den Regierungen (36 an der Zahl) zu Stande zu bringen, ist das Vorparlament zur Genüge erkannt und uns den Cha-

rakter einer konstituierenden Versammlung vindiziert! Als solche haben wir fortan zu rathen und zu thaten!“ Der Präsident schloß seine Rede mit den begeisterten Worten: „Deutschland will Eins sein! Ein Reich, regiert vom Willen des Volkes unter Mitwirkung aller seiner Gliederungen!“ Seine Worte riefen einen Sturm des Beifalls hervor, nicht nur in der Paulskirche, sondern im ganzen deutschen Reich.

Die Parteien sonderten sich rasch ab und benannten sich nach den Vertriebenen, wo die Parteigenossen zusammenkamen. Die Partei der äußersten Rechten, an deren Spitze u. a. Graf Schwerin und Georg von Vinde standen, hieß erst die Partei des „Café Milano“, dann des „Englischen Hofes“, die gemäßigte Rechte — in der Mehrzahl aus preussischen Elementen bestehend — das „Rasino“; die entschiedenen Liberalen nannten sich nach dem „Württemberg Hof“, die Radikalen nach dem „Deutschen Hof“, die entschiedenen Republikaner nach dem „Donnersberge“. Zu der Rechten zählten u. a. General von Radowicz, der nachmalige Bischof Reitel, Döllinger, Vinde, Fürst Lichnowski; im Zentrum sah man den Turnvater Jahn, Baffermann, Simson (der spätere Reichsgerichtspräsident), Dahlmann, Robert von Mohl, Welter, Gagern, Benedek, Uhland, Fallmerayer. Die Linke führte Robert Blum, dessen tragisches Schicksal seinen Namen populär gemacht hat; ihm schlossen sich an Karl Bogt, Brentano, Zimmermann, Wesendonk, Moritz Hartman (der Dichter). Zur äußersten Linken gehörten Schöffel, Trübshäler, Jiz, Simon und der Philosoph Arnold Ruge. Der alte Rang aus Verden fungierte bei der Eröffnung als Alterspräsident. Der greife Arndt war am ersten Tage, da er sich bescheiden zurückhielt, nicht zum Wort gekommen; als er von der Versammlung auf die Tribüne gerufen wurde, begrüßte ihn ein Sturm jubelnder Begeisterung.

So verheißungsvoll dieser Anfang zu sein schien, so begannen doch schon in den ersten Sitzungen die Kämpfe der Parteien. Allerdings wurden von der Majorität während der ersten Wochen trotz alledem mehrere Beschlüsse von großer Tragweite gefaßt, worunter derjenige, daß die Bestimmungen einzelner deutscher Verfassungen nur so weit gültig sein sollten, als sie der von der Versammlung zu schaffenden Verfassung nicht widersprächen. Ferner der Beschluß, betreffend die Errichtung einer provisorischen Centralgewalt, wodurch der Bundesrat, dessen Wirksamkeit den Arbeiten des Parlaments nach wie vor nicht förderlich war, überflüssig gemacht wurde. Diesem Beschluß entsprechend wählte man einen Reichsverweser (den 68jährigen Erzherzog Johann von Oesterreich), der ein verantwortliches Reichsministerium ernannte. Der Erzherzog wurde feierlich eingeholt und legte am 12. Juli in der Paulskirche den Eid ab, worauf im Bundespalast der Bundesrat alle seine Rechte auf ihn übertrug. Außerdem bewilligte die Nationalversammlung sechs Millionen zur Begründung einer deutschen Flotte, weil sich im Kriege gegen Dänemark die Wehrlosigkeit Deutschlands zur See in beschämender Weise herausgestellt hatte. Diese Summe in Verbindung mit dem Ertrag der allgemeinen Sammlung und der freiwilligen aus allen Säulen des Reiches eingehenden Spenden ermöglichte in der That die Ausrüstung von 11 größeren Kriegsschiffen und 6 Kanonenbooten, welche der Bundesrat, nachdem das Werk der Einigung und Verfassung glücklich gescheitert war, im Jahre 1852 öffentlich versteigern ließ — ein trauriges Nachspiel der mit so großen Hoffnungen begonnenen Bewegung!

Im Rahmen dieses Artikels ist es unmöglich, auf die weitere Geschichte der Thätigkeit des ersten deutschen Parlaments einzugehen. Der gute Wille war vorhanden, aber einerseits mangelte es der Nationalversammlung bei aller Intelligenz ihrer Führer an politischer Erfahrung, andererseits scheiterte ihr ernstes Wollen an der inneren, aus den heterogenen Anschauungen der Abgeordneten hervorgehenden Disharmonie. Vor Allem aber — und darin liegt der Hauptgrund des Mißlingens — machten der Widerstand der 36 Regierungen und die Rivalität zwischen Deutsch Oesterreich und Preußen jede einheitliche Maßregel unmöglich und der Nationalversammlung in Verbindung mit ihrem Reichsverweser gebrauch es an wirklicher Macht, um ihrem Willen Geltung verschaffen zu können. So bedurfte es thatsächlich Blut und Eisen zur Herstellung der deutschen Einigkeit und es konnte der Ausgang, wie er in der That kam, nur eine Frage der Zeit sein: aus dem Parlament ward ein Rumpfparlament, das am Ende — es war am 18. Juni 1849 — von der württembergischen Regierung mit Waffengewalt auseinander getrieben wurde. „Die Kanonen thaten Freundschaftsküsse zu seinem Widergesichte“, so charakteristisch ein Zeitgenosse treffend das Schicksal der deutschen Nationalversammlung, „als das Parlament aber 14 Monate später von Stuttgart Abschied nahm, waren die Kanonen ausgefahren und mit Karaischen geladen; und als es flüchtig von da auf badischem Boden verschwand und zu Grabe getragen wurde, da knallten über seinem Grabe Gewehrsalven und Kanonendonner, in schrecklichem Bruderkrieg.“

Wir theilen schließlich noch mit, daß heute Abend im Palmengarten zu Frankfurt a. M. ein Festbankett stattfindet, zu dem alle noch lebenden Mitglieder des früheren Frankfurter Parlaments eingeladen sind.

### Deutsches Reich.

Die Wahlparole der Sozialdemokraten.

Die Sozialdemokratie müßt sich vereint mit dem Radikalisimus aller Schattirungen, ab, die angebliche Gefährdung

des Reichstagswahlrechtes zur Wahlparole zu machen. Um diese Parole nutzbringend verwenden zu können, wird dann der nationalliberalen Partei nachgelagt, daß sie gegen das geltende Reichstagswahlrecht ist, zum wenigsten einer klaren Stellungnahme ausgemühen sei. Man braucht nur die stenographischen Berichte über die beiden letzten Parteitage nachzulesen, um zu erkennen, wie handgreiflich diese Unwahrheiten sind. Am 3. Oktober 1898 erklärte sich der nationalliberale Delegirtentag ausdrücklich für „volle Wahrung der konstitutionellen Rechte.“ Und der Abg. Baffermann als Referent sagte dazu:

„Wir werden festhalten an den Freiheiten und Rechten, die der Presse, den Vereinen und Versammlungen durch die bestehende Gesetzgebung verliehen sind, festhalten an dem bestehenden Wahlrecht. Das ist programmatisch längst festgelegt für unsere Partei, und wer das ansieht, tritt außerhalb des Rahmens der nationalliberalen Partei.“

Der vor wenigen Wochen am 1. Mai abgehaltene Delegirtentag beschloß in dem Wahlausruf wörtlich: Treu ihrer Existenz und Geschichte hat die Partei alle rückschrittlichen Versuche zur Bekämpfung werthvoller Volksrechte auf das Entschlossenste bekämpft. An dem verfassungsmäßig bestehenden Wahlrecht wird sie festhalten.

### Hofnachrichten und Persönliches.

Der Kaiser hat den Mitgliedern des am Sonntag in Müßelheim verammelten Ausschusses für die Deutschen Nationalfeste aus Straßburg folgendes Telegramm gefaßt: Der Kaiser und Königin läßt den Mitgliedern des rheinischen Ausschusses und des Arbeitsausschusses für die deutschen Nationalfeste auf dem Wiederwärt für die freundliche Begrüßung bestens danken und ihrer patriotischen Arbeit reichen Erfolg wünschen.

Die englische Königin sandte Gladstone ein Handschreiben, in dem sie ihm ihre Dankbarkeit für die während seines langen Lebens als Staatsmann dem Lande gewidmete Thätigkeit ausdrückt.

### Kurze Nachrichten.

Der Verband landwirthschaftlicher Kreditgenossenschaften in Württemberg mit seinen 750 Genossenschaften und der landwirthschaftliche Zentralverein für Lothringen mit seinen Kreisvereinen haben ihren Beitritt zur Bezirksvereinigung der deutschen Landwirthe erklärt. Die Verbandstage der badischen und nassauischen Genossenschaften haben dem Vorgehen der Bezirksvereinigung im Kampf gegen den Verein deutsch-oesterreichischer Thomaspophosphat-Fabriken zugestimmt.

Die Meldung, daß die Militärstrafprozessordnung bereits dem Kaiser zur Unterschrift vorgelegt sei, dürfte nicht zutreffen. Dem Vernehmen nach wird das Gesetz in der vom Reichstag angenommenen Fassung den Bundesrath in seiner nächsten Plenarsitzung beschließen, es wird aber nicht zu bezweifeln sein, daß das Gesetz in dieser Fassung zur Annahme gelangen wird.

In der „Posener Zeitung“, die früher die Interessen des Deutschthums vertrat, jetzt aber in deutscher Sprache mit dem Volenthum liebäugelt, sollen nach amtlicher Verordnung Bekennungsanzeigen der Militärverwaltung nicht veröffentlicht werden.

Der Freundschafts- und Handelsvertrag zwischen dem Reich und dem Oranjesfreistaat in Südafrika ist gestern in Kraft getreten.

Die Interpellation Kaniz wird im preussischen Abgeordnetenhaus nicht mehr zur Besprechung gelangen. Die Berl. P. N. bemerken: Die unerlässliche Voraussetzung für eine Hebung des heimischen Getreidebaus bildet die Wiederherstellung der Möglichkeit eines lohnenden Betr. 58. Den heimischen Getreidebau wieder zu heben und damit auch einem solchen Steigen der Getreidepreise, wie es jetzt unter der Einwirkung der Vorgänge auf dem amerikanischen Markte eingetreten ist, thunlichst vorzubeugen, ist namentlich ein auch im Interesse der Ernährung der breiten Schichten unseres Volks wichtiger Gesichtspunkt für die nach Abschluß der Handelsverträge einzuschlagende Zoll- und Handelspolitik.

Frankreich ist von England die Frist von einem Monat für die Räumung von Bussa, Westafrika, gegeben, andernfalls würden die diplomatischen Beziehungen, so melden englische Blätter, abgebrochen werden.

Der russisch-oesterreichische Geheimvertrag, nach dem beide Staaten die Balkanhalbinsel in zwei Interessensphären abtheilen, ist eine Erfindung der „Frankfurter Zeitung.“

Die „Times“ behandelt in einem Artikel die historische Bedeutung der Zusammenkunft des Prinzen Heinrich mit dem Kaiser von China in Peking. Das Blatt weist darauf hin, daß weder der Herzog von Edinburgh im Jahre 1869, noch der russische Thronfolger, der jetzige Zar, 1891 Aehnliches habe erreichen können. „In jeder Einzelheit“, bemerkt die „Times“, war das historische Zusammenreffen, soweit unsere Information reicht, ein großer Erfolg, hauptsächlich Dank dem Takt und Urtheil, welches der Prinz bei dieser neuen Seltsamkeit entfaltete.



Badischer Landtag.

92. Sitzung der Zweiten Kammer. Karlsruhe, 17. Mai.

Auf der Tagesordnung steht der Bericht der Spezialkommission für den Gesetzentwurf betr. die Versicherung der Rindviehbesitzer.

Abg. Gieseler (Centr.) hat mit einer Minderheit gegen den Entwurf gestimmt, weil sie das Gesetz mehr auf das Prinzip der Selbstständigkeit und Freiwilligkeit stellen wollten.

Minister Eisenlohr hält die Nothwendigkeit bezw. Richtigkeit des Gesetzes für zweifellos. Die Regierung sei der Ansicht, daß nichts erreicht werde, wenn nicht ein Zwang stattfindet.

Präsident Schneider verliest den Antrag Gieseler und Genossen, wonach Paragraph 2, Abs. 1 und 2 dahin zu ändern sind.

Abg. Köglitz (nat.-lib.) erklärt, anfangs habe man an den Vereinen eine große Freude gehabt, aber in Folge der hohen Umlagen sei diese bald herabgemindert worden.

Abg. Klein (nat.-lib.) befreit, daß mit dem Gesetz Flauto gemacht wurde. Das Gesetz habe sich bewährt, denn es seien über 14 Millionen an Werth versichert.

Nachdem sich noch mehrere Abgeordnete in zunehmender Weise über den Entwurf geäußert, wird derselbe in der Kommissionsfassung mit den Gieseler'schen Abänderungsvorschlägen angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch. Gesetzentwurf betr. die geschlossenen Postgüter.

Wahlnachrichten.

Nationalliberale Wahlversammlung in Heddesheim.

Gestern Abend fand im 'Hirsch' zu Heddesheim eine national-liberale Wahlversammlung statt, die sich einer sehr lebhaften Befassung erfreute.

Madine.

Von H. von der Sanden.

Die Geschwister waren in Non Caprice angekommen und hatten sich wieder eingerichtet. Da nun, nur wenige Tage später, die Nachricht von der Enttöschung des Großherzogs, auf welche dann unermüdet schnell die erschütternde Kunde seines Todes folgte.

Während der Hochzeit konnte und wollte er nicht über Alles dies sprechen; er trug es still mit sich hinan zu seinem alten Freund und Vertrauten dem Madie. Unter dem heimlich rauschenden Sämen, unter denen er seinem Herzen Stillsein und Entlagen abgab.

Während der Hochzeit konnte und wollte er nicht über Alles dies sprechen; er trug es still mit sich hinan zu seinem alten Freund und Vertrauten dem Madie.

Bassermann entwickelte sodann, oft von beifälligen Zustimmungsausrufen unterbrochen, in überaus anregenden und lichtvollen längeren Ausführungen sein Programm.

Parlörube, 17. Mai. Im 8. Reichstagswahlbezirk Baden-Bühl, Markt-Altern beschloßen die Nationalliberalen, dem wieder kandidierenden Seelischen Rath Bender (Str.) vorerst keinen Gegenkandidaten gegenüberzustellen.

Waldsloh, 17. Mai. In einer hier abgehaltenen Versammlung der Delegirten aus den 5 Bezirken des 8. Wahlkreises wurde Herr Fabritant und Gemeinderath Karl Kraft, Präsident der Handwerkerkammer und Mitglied der 1. bad. Kammer, einstimmig als Kandidat der nationalliberalen Partei für den 8. Reichstagswahlkreis aufgestellt.

Konstanz, 17. Mai. Die Freisinnig-Demokratische Partei hat im ersten Wahlkreis den Landtagsabgeordneten Genschel, im zweiten Wahlkreis den Rechtsanwalt Muffel als Reichstagskandidaten aufgestellt.

Neustadt a. S., 17. Mai. Im Wahlkreis Zweibrücken-Birmensfeld schlägt der Bund der Landwirthe den Reichstagskandidaten Eugen Bucheidesheim als Reichstagskandidaten vor.

Mainz, 17. Mai. Die Vertrauensmänner der nationalliberalen Partei beschloßen in ihrer Generalversammlung, den 'Frei. Jg.' zufolge, den Landwirth August Dettweiler zu Landesherrn als Kandidat für den Reichstagswahlkreis Mainz-Oppenheim vorzuschlagen.

Aus Stadt und Land.

Nauheim, 18. Mai 1898

Ernennungen. Der Großherzog hat den Ministerialrath Wilhelm Häckel zum Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts, den Ministerialrath und Amtsvorstand Heinrich Freisner von Bodman, den Ministerialrath Otto Krauß zum Ministerium des Innern, Vorsitzenden des Gewerbegerichtsraths, und den Ministerialrath und Landeskommissar Dr. Richard Reinhard zum Geheimen Oberregierungs-rathen, sowie den Ministerialrath Ludwig Böller zum Ministerium der Finanzen zum Geheimen Oberfinanzrath ernannt.

Handwerkerversammlung. Nachdem ein wesentlicher Theil des neuen Handwerkergesetzes am 1. April d. J. in Kraft getreten und die Vollzugsverordnung erschienen ist, hält der Gewerbeverein und Handwerkerverband Mannheim am nächsten Freitag, 20. Mai, Abends 9 Uhr, im großen Kasinoaal, R. 1, 1, hier, eine Versammlung ab, zu welcher nicht nur die Vereinsmitglieder und diejenigen der Innungen und Meistervereinigungen, sondern alle hiesigen selbstständigen Handwerker freundlich eingeladen sind.

Evangelische Kirchengemeindeversammlung. Unter dem Vorsitz des Herrn Pastor Kuchhaber fand gestern Abend 6 Uhr in der Concordienkirche eine gutbesuchte Sitzung der ev. Kirchengemeindeversammlung statt.

ein Empfinden, zusammengesetzt, aus tiefer, unendlicher Liebe zu dem schönen Geschöpf, und aus einer Beimschung, die er nicht anders als mit dem Namen 'Hoffnung' bezeichnen konnte; er züngelte wohl die Stien und eine Blutwelle farbte sein Antlitz tiefer.

Die Bittungen meldeten, die jugendliche Braut des Prinzen Louis habe Verzicht geleistet auf die Thronfolge!

Madie, ich gedenke den Vorschlag der Gräfin Dynar anzunehmen; ich will dem Ministerium mein Abschiedsgesuch einreichen, und wir können dann im Herbst vielleicht nach Preußen übersiedeln.

Erwin, lieber Bruder! Ihre Hand drückte sanft auf seinem Arm.

Erwin, lieber Bruder! Ihre Hand drückte sanft auf seinem Arm.

und Almosenfond gehörigen Grundstücks L. B. Nr. 5820, Gemauert Streifen, und Punkt V (Tauschvereinbarmen zwischen dem ev. Separatfond, dem ev. Kirchen- und Almosenfond und dem Unterländer Kirchenfond, Geländeaustausch im Lindenhof betr.) nach einleitenden Referaten des Herrn Geistl. Verwalter Buch einstimmig genehmigt.

Handelskammerwahl. Wir erhalten folgende amtliche Zusammenstellung der Ergebnisse der am Mittwoch, den 4. Mai 1898 stattgefundenen Erneuerungsbzw. Ergänzungswahl der Handelskammer-Mitglieder.

Table with 2 columns: Name and Stimmen. Lists candidates like 1. im Wahlbezirk Mannheim: 943, 2. Ladenburg: 29, 3. Schwetzingen: 35, 4. Weinheim: 59.

Davon entfielen auf im Wahlbezirk:

Table with 5 columns: Name, Stimmen, and others. Lists candidates like 1. Bassermann, Felix: 886, 2. Dittens, Hül. Geh. Kommerzienrath: 575, 3. Emrich, Jakob: 401, 4. Freudenberg, F. G., Weinheim: 399, 5. Gläsen, Otto: 390, 6. Karcher, August: 389, 7. Kecher, Johann: 381, 8. Ladenburg, Karl, Kommerzienrath: 321, 9. Mayer-Dintel, Wilhelm: 423, 10. Kocher, Samuel: 428, 11. Reul, Carl, Dr.: 481, 12. Heberer, Alexander: 626, 13. Hoffmann, Otto, Friedrichsfeld: 388, 14. Jordan, Louis: 379, 15. Stern, J. H.: 617.

Table with 5 columns: Name, Stimmen, and others. Lists candidates like 1. Bassermann, Felix: 886, 2. Dittens, Hül. Geh. Kommerzienrath: 575, 3. Emrich, Jakob: 401, 4. Freudenberg, F. G., Weinheim: 399, 5. Gläsen, Otto: 390, 6. Karcher, August: 389, 7. Kecher, Johann: 381, 8. Ladenburg, Karl, Kommerzienrath: 321, 9. Mayer-Dintel, Wilhelm: 423, 10. Kocher, Samuel: 428, 11. Reul, Carl, Dr.: 481, 12. Heberer, Alexander: 626, 13. Hoffmann, Otto, Friedrichsfeld: 388, 14. Jordan, Louis: 379, 15. Stern, J. H.: 617.

Verhauft Gründung eines Thierschutz-Vereins fand gestern Abend im Nebenraum des 'Goldhirsches' eine recht gut besuchte Versammlung statt.

Verhauft Gründung eines Thierschutz-Vereins fand gestern Abend im Nebenraum des 'Goldhirsches' eine recht gut besuchte Versammlung statt, welche auch der Vorsitzende des Verbandes hiesiger Thierschutzvereine, Herr Kommerzienrath Kaefflein von Karlsruhe, beizubehalten.

Eine große Förderer-Konferenz fand gestern früh von 8 bis 7 Uhr auf der Rheinstraße statt. Sechs Schulleute haben sich direkt am Präsenportal postirt und jeden Passanten, der ohne Nummer am Rad kam, angehalten und protokolliert.

Madie, ich gedenke den Vorschlag der Gräfin Dynar anzunehmen; ich will dem Ministerium mein Abschiedsgesuch einreichen, und wir können dann im Herbst vielleicht nach Preußen übersiedeln.

Erwin, lieber Bruder! Ihre Hand drückte sanft auf seinem Arm.

Erwin, lieber Bruder! Ihre Hand drückte sanft auf seinem Arm.

Erwin, lieber Bruder! Ihre Hand drückte sanft auf seinem Arm.

Erwin, lieber Bruder! Ihre Hand drückte sanft auf seinem Arm.







Madamling 1/2 Uhr in Gegenwart des Ehrenpräsidenten Herrn Oberst Stapp aus München, eine kameradschaftliche Zusammenkunft der Biervereine statt, welcher alle ehemaligen Angehörigen des 4. Bayer. Inf. Regts. „König Wilhelm von Battenberg“ hierdurch freundlich eingeladen werden.

Münchenheim, 17. Mai. Das Bezirksamt hat die von der Gemeinde nachgesuchte Genehmigung zur Anlage eines Electricitätswerkes verweigert, bezw. den Vertrag mit der Gesellschaft nicht genehmigt.

F. Reuschel a. P., 17. Mai. Heute Nachmittag ist der größte Theil der Buchfabrik Eisenberg hier niedergebrannt. Der Besitzer hat nur die Versicherung erhalten.

Gerichtszeitung.

Mannheim, 17. Mai. (Strafkammer.)

1) Der 27 Jahre alte verheiratete Tagelöhner Heinrich Birgel in Seckenheim, früher Eisenbahn-Magazinarbeiter, hat sich der Fälschung einer Privaturkunde schuldig gemacht. Derselbe hat eine Bescheinigung über angeblichen Empfang von Krankengeld aus der Eisenbahnbetriebskrankenkasse in Karlsruhe angefertigt und diese durch seine Ehefrau bei dem Richter des Krankenkassen-Vereins „Einigkeit“ in Seckenheim vorgelegt, um diesen ebenfalls zur Auszahlung einer Krankenkassenunterstützung zu veranlassen. Der Angeklagte erhielt 2 Wochen Gefängnis. Verth. Rechtsanwalt Dr. Jordan.

2) Der 21 Jahre alte ledige Dienstknecht Georg W. K. in Mannheim, gebürtig aus Gänheim, in der widernatürlichen Unzucht beschuldigt, wird aber freigesprochen, weil seine Schuld nicht nachgewiesen werden konnte.

3) Die ledige 23 Jahre alte Dienstmagd Eva Weber von Rohrbach, Gemeinde Brühl, hat am 12. April eine dem Maurer Jacob Bartelmann in Redarau gehörige Spardbüchse erbrochen und daraus 70 M. entnommen. Außerdem stahl sie in der Wohnung des Bartelmann noch verschiedene Gegenstände im Gesamtwerte von 10 M. 70 Pf. Das Urtheil lautet auf 2 Wochen Gefängnis.

4) Der 29 Jahre alte Gewerbelehrer Carl Friedrich Kuhn in Weinsheim hat am 25. März während des Unterrichts den 16 Jahre alten Gewerbeschüler Carl Bader von Weinsheim mit der Hand einen Schlag auf das Ohr versetzt, wodurch ein kleiner Riß im Trommelfell verursacht wurde. Das Urtheil lautet auf eine Geldstrafe von 20 Mark.

5) Der 18 Jahre alte ledige Kaufmann Josef Thiel von Gerweiler hat am 10. März L. Z. in dem kaufmännischen Bureau der Fabrik-Wohlagelagen einen Aktenschrank erbrochen und daraus den Betrag von 5 M. 70 Pf. sowie mehrere statistische Werke im Werth von 8 M. 60 Pf. entnommen, ferner am 24. April L. Z. eine Schublade am Schreibtisch erbrochen und daraus den Betrag von 31 M. 85 Pf. gestohlen. Urtheil 4 Monate und 3 Wochen Gefängnis, abzüglich der Untersuchungshaft.

6) Wegen Verletzung des Straßenschildes Wärtner und des Schumanns-Wingwall in Röhrenthal und wegen Verletzung strafpolizeilicher Vorschriften erhielt die Heinrich Zettel Ehefrau von Röhrenthal vom Groß-Schöffengericht hier eine Geldstrafe von 25 Mark und Straßenschilder 3 Mark. Ihre Berufung wurde verworfen.

7) Der Volksschüler Job. Kling von Altenbach, 12 Jahre alt, sowie dessen Vater, der verheiratete Steinhauer Job. Adam Kling von Altenbach erhielten er前者 vom Gr. Schöffengericht Weinsheim wegen Furchdiebstahls eine Gefängnisstrafe von 1 Tag und dessen Vater wegen Anstiftung dazu 3 Tage Gefängnis. Die Berufung hatte den Erfolg, daß der kleine Kling einen Verweis erhielt, dessen Vater aber freigesprochen wurde.

Gegennehmigkeiten.

Das große Loos der preussischen Klassenlotterie mit 600000 Mark ist nun schon das dritte Mal nach Schloffen an Ketze Leute gefallen. Diesmal sind ein Wirtschaftsinспекtor, zwei Gattinnen und ein Müller die Glücklichen.

Zur Rettung des rheinischen Siebengebirges — durch Verkauf der Steinbrüche, die es verwalten, haben Köln, Bonn und die Rheinprovinz 800000 M. zusammengebracht.

In Berlin ist auf dem Potsdamer Bahnhofe ein amtliches Reisebüro eröffnet worden.

In Paris ist man einer Schweinblende auf die Spur gekommen, die in Löben große Schäden machte und dann mit Postanweisungen bezahlte, die gefälscht waren.

In Manila kostet das Pfund Fleisch jetzt 6 Mark.

In Larnepol, Galizien, hat der Gemeinderath zwei Bäckereien errichtet, in denen Brod um die Hälfte billiger als bei Bäckern verkauft wird und arme das Brod umsonst erhalten.

Der bekannte Sportsmann, Lieutenant Graf Königsmark, stürzte bei dem Dresden Rennen und wurde schwer beschädigt.

Die Abordnung der Befehlshaber der pontinischen Sümpfe nahm das Ausrodnungsprojekt des preussischen Majors v. Donat in Ansehung; es soll am 6. Juni der Generalversammlung vorgelegt werden. An dem Project ist auch deutsches Kapital in hervorragender Weise betheilig.

Ein heftiger Orkan hat in Simo und Timor, Ostlich von Java, viele Häuser umgeworfen und viele hundert Menschen getödtet.

Theater, Kunst und Wissenschaft.

Zur 34. Tonkünstlerversammlung. Nach mehreren Verschiebungen ist das Directorium des Allgemeinen deutschen Musikervereins nun schlüssig geworden, die 34. Tonkünstlerversammlung vom 20. bis 28. Juni in Mainz abzuhalten. Der Schwerpunkt der diesjährigen Versammlung liegt (wie das Directorium den Mitgliedern mittheilt), nachdem im Gesamtvorstand neue Segnungen der Vereinsthätigkeit beschlossen worden sind, in der für den 27. Juni in Aussicht genommenen Hauptversammlung. Die Stadt Mainz, deren Behörden und musikalische Kreise der Tonkünstlerversammlung mit Sympathie gegenüberstehen, hat, angesichts der bevorstehenden Reichstagswahl, nur Ende Juni als geeigneten Zeitpunkt bezeichnen können und bei der Kürze der Zeit auf Mitwirkung in großen Chor- und Orchesterkonzerten, die, wie bei anderen Tonkünstlerversammlungen, der Musikverein selbst veranstaltet hätte, verzichten müssen. Aber sowohl die Stadt Mainz selbst, als auch die Liedertafel zu Mainz haben zu Ehren der Versammlung je ein großes Konzert angeboten. Es hat sich hier für die Tonkünstlerversammlung unter dem Vorth des Oberbürgermeisters Dr. Wagner ein Komitee gebildet.

Das Münchener Hoftheater wird Ende Juni die komische Oper „Zinnhosen“ von dem in Graz lebenden Komponisten Haussegger zur Aufführung bringen.

München, 16. Mai. Dem Münchener Maler Albert Keller ist vom Prinzregenten der Kronenorden verliehen worden, mit dem der persönliche Adel verbunden ist.

Eine neue Oper Leoncavallo's. Leoncavallo hat dieser Tage mit dem bekannten römischen Autor G. E. Nani eine Vereinbarung getroffen, wonach er es übernimmt, dessen neuestes Werk, das einaktige Volksdrama „Uria uria“, zu deutsch etwa „Nerrenbrausen“, in Mainz zu übertragen und selbst das Libretto zu schreiben. Leoncavallo hat die Hauptpartie für Bariten gedacht und soll dieselbe von dem bekannten italienischen Sänger Vin-Corri creirt werden. „Uria uria“ hatte unlängst am Teatro Manzoni in Rom einen durchschlagenden Erfolg. Ein anderes Werk Nani's, das einaktige Drama „Seelenkürze“ (Tempesta nel ombra), das in Italien gleichfalls größten Erfolg hatte, wird in der nächsten Saison seine erste deutsche Aufführung am Frankfurter Schauspielhaus erleben.

Aus Weimar schreibt man: Seit Mai 1898 ist eine thüringische historische Kommission ins Leben getreten, welche unter planmäßiger Leitung des Vereins für thüringische Geschichte und Alterthumskunde alle sich der Erforschung der Geschichte Thüringens widmenden Vereine zusammenfaßt.

Die Witt. Mann'sche Vertonung des populären Gedichtes „Das erste Lied“ von H. Mühlhagen (erschienen im Verlag von H. Bode in Berlin) wird (ohne Zweifel) überall unmittelbar durch seine natürliche Frische, und der Refrain dieses Liedes geradezu gänzend. Es möge daher, besonders in Anbetracht seiner leichten Ausföhrbarkeit allen singenden Damen und Herren als eines der dankbarsten Musikstücke empfohlen sein.

In Paris ist der bekannte Wagner-Forscher und Uebersetzer Alfred Graf gestern im Alter von vierzig Jahren gestorben. Seine

Uebersetzungen der Wagner'schen Texte ins Französische gelten als ganz vorzüglich. Er war der Sohn des bekannten Violinvirtuosen Grafen.

Neueste Nachrichten und Telegramme. Der spanisch-amerikanische Krieg.

New-York, 17. Mai. General Merritt erklärte, er habe, da bei der für die Philippinen bestimmten Streitmacht von 15,000 Mann nur 1000 reguläre Truppen seien, und keine Zeit zum Einüben der Freiwilligen übrig bleibe, weitere 4000 reguläre Truppen gefordert. Den Posten als Befehlshaber über die nach den Philippinen zu sendende Expedition habe er nur unter der Bedingung angenommen, daß er über eine hinreichende Streitmacht verfüge. Die Regierung habe die Sendung von mehr Regularien versprochen. — Der Präsident und seine militärischen Berater müssen, hiesigen Wärttern zufolge, bittere Wahrheiten hören über die Unerfahrenheit, die sie bei der Mobilmachung zu Tage legen. Wenn Truppen vorhanden sind, fehlt es an Wagen, um sie zu befördern, und wenn Wagen gestellt sind, fehlen die Truppen. In die Lager von Hamshead und Bidstill strömen Ausflügler, namentlich hübsche Damen, welche die werdende Armee wie Bleisoldaten behandeln. Man ärgert sich darüber, daß der Präsident blutigen Männern aus reichen Häusern wichtige Kommandos anvertraut und so eine Reihe von Salon-offizieren schafft, die in den Krieg ziehen, als gelte es eine Partie Fußball. Der „Herald“ versichert, der junge Finanzmann Tiffany, habe einen Urlaub erbeten und erhalten, um seine Wäckerin aufzusuchen, die ihn nicht rechtzeitig mit frischen Krügen versorgt hat.

Madrid, 17. Mai. Es verlautet, daß neue Kabinete werde folgen. Die bisherigen Mitglieder sind: Sagasta, Präsidium, Castiella, Keuzeres, Groyard, Justiz, Puigcerver, Finanzen, Capdepon, Innenres, Correa, Krieg, Vizeadmiral Buller, Marine, Romero Siron, Unterricht und Gamao, Kolonien.

Das Verhör, dem die beiden in Havanna festgenommenen amerikanischen Korrespondenten New-Yorker Blätter unternommen wurden, hatte das Ergebnis, daß sie als Spione betrachtet werden müssen.

Washington, 17. Mai. Die „New-York Tribune“ meldet von hier, Admiral Sampson beabsichtige gestern die Marineverwaltung, er habe beschlossen, nach dem Süden zu gehen und dort die Kriegsschiffe so aufzustellen, daß sie die Zugänge nach Santiago und Cienfuegos bedecken, die Landung von Vorräthen für die Spanier hindern und gleichzeitig das dortige Blockadegeschwader verstärken. General Gordon hat erklärt, die Militärverwaltung werde Vorlesungen treffen, um dem Wunsch General Merritt's entgegenzukommen, ein stärkeres Heerescontingent regulärer Truppen nach den Philippinen zu entsenden.

Cardenas, 17. Mai. Als gestern eine mit 17 Mann besetzte amerikanische Relegatschuluppe aus den mit Torpedos besetzten Gewässern hinausfahren wollte, kam es durch falsches Manövrieren einem Torpede zu nahe. Bei der folgenden Explosion kamen alle 17 Mann um Leben.

Curacao, 17. Mai. Die Flotte Admiral Cerberas wurde gestern nicht gesehen. Bei der Abfahrt am Sonntag Abend dampften die spanischen Schiffe gegen Westen. Die „Vicaya“ und „Infanta Maria Teresa“ hatten 700 Tonnen Kohlen und eine große Menge Lebensmittel an Bord genommen.

Madrid, 17. Mai. Nach einer Meldung aus Puerto-Rico brachte die Belagerung der französischen Vanzera „Alcañal de Genouilly“, als das Schiff den Hafen von San Juan nach der Beschießung verließ, bei der Ausfahrt ein Hoch auf Spanien, die spanische Armee und Marine aus.

London, 17. Mai. Daily Telegraph meldet aus Petersburg, Japan erhebe Einspruch gegen die Absicht der Vereinigten Staaten, Besitz von den Philippinen zu ergreifen, und finde dabei die Unterstützung Russlands.

Berlin, 17. Mai. Bei der demnächst im Finanzministerium abzuhaltenden Sachverständigenkonferenz wegen der Baarenhäuser und Bagare soll insbesondere auch die Frage zur Erörterung gelangen, inwiefern es sich empfehlen dürfte, eine Steuer einzuführen, die sich nach dem Umfange der Geschäftsräumlichkeiten richten würde. — Das preussische Abgeordnetenhaus schloß heute seine Sitzungen.

Strasbourg 17. Mai. Der Kaiser nahm heute Parade ab und ließ bei dem Pionierbataillon Nr. 19 die Offiziere und Mannschaften vorreden, die bei einem kürzlich vorgekommenen Unfall beim Brückenschlagen, wo eine Anzahl Mannschaften in's Wasser gestürzt war, sich bei der Rettung ausgezeichnet hatten. Er reichte einem jeden von ihnen die Hand und übergab ihnen eigenhändig die Rettungsmedaille. Um 5 Uhr erfolgte die Abreise des Kaiserpaars.

Wien, 17. Mai. Die Prinzessin Luise von Coburg ist unter Curatel gestellt worden.

Paris, 17. Mai. Der Abgeordnete Schneider, Leiter der Eisenwerke von Le Creuzot, ist gestorben.

Mailand, 17. Mai. Der Stadtrath und Advokat Maino, ein hervorragender Jurist und Professor an der Universität Pavia, ist gestorben, nachdem er erfahren hatte, daß seine Verhaftung bevorstehe; dergleichen schätzte Professor Cicotti von der Universität Pavia.

Petersburg, 17. Mai. Die Rede Chamberlains besprechend hebt die Kowojew-Wremja die Festsetzung der möglichen Lage Englands infolge seiner Isolation in Europa durch einflußreiche Mitglieder des englischen Kabinetts und den Hinweis Chamberlains auf das Bündniß mit den Ver. Staaten als Mittel zur Verbesserung dieser Lage hervor. Das Blatt hält es für fraglich, ob die Ver. Staaten dieses Bündniß wünschen und ob es sie befriedigen würde, wenn sie beabsichtigen sollten, die Philippinen Spanien zu entreißen, diese aber dann an England verkaufen müßten. Eine derartige Absicht könne genügen, um förmliche Großmächte, die im fernen Osten Interessen haben, gleichmäßig vor die Frage zu stellen, ob sie in dem spanisch-amerikanischen Kriege völlige Neutralität beobachten können, wenn England im Stillen Ozean einen beherrschenden Einfluß erhalte, denn Rußland, Frankreich und Deutschland augenblicklich erfolgreich bekämpfen.

(Privat-Telegramme des „General-Anzeigers“)

Graz, 18. Mai. Studenten und Arbeiter hinderten bei einem Wohlthätigkeitskonzert die Kapelle am Spielen und bewarfen die Polizei mit Steinen. Die Ruhe ist wiederhergestellt worden.

Madrid, 18. Mai. Aus Havanna bestätigt man die Meldung von dem Unfälle in Cardenas, bei dem 18 Amerikaner umkamen.

Washington, 18. Mai. Die Mitglieder des Kabinetts beklagen sich lebhaft darüber, daß die Regierung durch indistincte Veröffentlichungen verschiedene Zeitungen über die Bewegungen der Flotte und des Heeres und über den Feldzugsplan in große Verlegenheit gerathen sei.

Porto Rico, 18. Mai. Wieder gestern noch heute ist hier ein Schußgewehr geplatzt worden. Admiral Samara wird sich nicht nach Madrid begeben.

Mannheimer Handelsblatt.

Mannheimer Getreidemarkt vom 17. Mai. Ein Beweis der großen Empfindlichkeit des Marktes ist die wesentliche Steigerung, welche die durch Chamberlains Rede in Amerika hervorgerufenen politischen Beunruhigungen auf den Getreidemärkten Chicago und New-York hervorgerufen hat. Die amerikanischen Forderungen haben sich dadurch insgesamt um M. 1 bis 2 per Tonne vertheilt. Preise per Tonne cif Rotterdam: Saganaka M. 212-226, Kansas M. 240, Redwinter M. 244, Manitoba I. M. 250, La Plata M. 260, russischer Roggen M. 136-140, Westerntroggen M. 145, Weizen M. 91, Donaumais M. 98, Futtergerste M. 116, Weizen amerik. Hafer M. 140, russischer Mittelhafer M. 135, Prima russischer Hafer M. 150-155.

Frankfurter Effekten-Societät vom 17. Mai. Oesterreichische Kreditaktien 301 1/2, Diskontokommandit 195.80, Berliner Handels-Gesellschaft 162.80, Nationalbank für Deutschland 145.20, Darmstädter Bank 158.10, Deutsche Bank 135.40, Banque Ottomane 107 1/2, Oesterreich-ungarische Staatsbahn 307 1/2, Norhern 62.90, Südbahn 174.70, Marienburger 96.40, Spanier 88.00, Türlen C 25, Madrider Loos 36.20, Löhrl, Loos 35.70, Allgem. Elekt. Akt. 276, Harpener 184.90, Dibernia 195, Laura 198.50, Bochumer 221.70, Pilsener 184, Nürnberg-Fürther Straßenbahn 291, Helios 194.80, Beloco 69, Gottward-Witien 180.50, Schweizer Central 139.40, Schweizer Nordost 109.80, Schweizer Union 71.00, Zurich-Simplon 84.00, dproz. Italiener 60.90, Disconto 194.00.

Mannheimer Effektenmarkt vom 17. Mai. Größere Umsätze fanden heute in Schachum 117 statt, die noch lebhaft begehrt bleiben. Ferner wurden umgelegt Lagerhaus 119 und Mannheimer Dampfschiffahrt 120, Tiefentendenerie 107, Vereinigte Speyer Biegelwerke 100.50.

Table with 4 columns: Commodity, Price 16, Price 17, Commodity, Price 16, Price 17. Includes items like Weizen Mai, Weizen Juli, Weizen September, Weizen Oktober, Weizen Dezember, Mais Mai, Mais Juli, Mais August.

Table with 4 columns: Commodity, Price 16, Price 17, Commodity, Price 16, Price 17. Includes items like Weizen Mai, Weizen September, Mais Mai, Mais Juli.

Uebersichtliche Schiffahrts-Nachrichten.

New-York, 17. Mai. (Trahtbericht der Red-Star-Linie, Antwerpen). Der Dampfer „Southport“ am 7. Mai von Antwerpen abgegangen, ist heute wohlbehalten hier eingetroffen. Mitgeheilt durch die General-Vertreter Dunlop & Wärens in Mannheim, R. 4, 7.

Dampfer „München“, am 28. April ab Bremerhaven, ist am 11. wohlbehalten in Baltimore angekommen.

Dampfer „Jahn“, am 3. Mai ab Bremerhaven ist am 12. Mai wohlbehalten in New-York angekommen.

Mitgeheilt durch H. Jac. Gelling in Mannheim aßeiniger für's Großherzogthum Baden concessionirter Generalagent des Norddeutschen Lloyd in Bremen.

Wasserstandsberichte vom Monat Mai.

Table with 6 columns: Pegelstationen, Datum, 13., 14., 15., 17., 18., Bemerkungen. Includes stations like Rouskau, Waldshut, Dänzingen, Rehl, Lauterburg, Magau, Gemersheim, Mannheim, Mainz, Bingen, Raab, Söhl, Köln, Rhdruer.

Table with 4 columns: Datum, Höhe, Datum, Höhe. Includes dates like 17. 5. 98, 18. 5. 98 and heights like 18.30, 17.45.

Waldsch-Gewinnzahlen 7. K. Loose vom Jahre 1896. Ziehung am 16. Mai 1896. Gewogene Serien: Nr. 11 174 281 993 479 680 692 831 1108 1148 1189 1221 1260 1279 1835 1893 1487 1548 1684 1944 2153 2295 2290 2777 2890 2958 3009 3178 3196 3215 3285 3264 3394 3398 3375 3377 3416 3711 3848 3852 4009 4071 4273 4327 4368 4395 4409 4536 4709 4775 4836 4872. Die Prämien-Ziehung findet am 15. Juni statt.

Unentbehrlich hat sich Dr. Thompson's Seifen schaften wegen gemacht. Dasselbe macht die Wäsche blendend weiß, ohne dieselbe anzugreifen, und gibt ihr einen angenehmen feinen Geruch. Zu haben in den meisten Colonialwaaren-, Drogerie- und Seifengeschäften. 62718

„Drais“-Fahrräder

besteht seine Marke. 61894  
Alleinverkauf Martin Decker, A 3, 4 und L 2, 9.

Advertisement for M. Reutlinger & Cie. featuring a logo of a bird and text: „M. Reutlinger & Cie. Großh. Hoflieferanten, Kunststrasse. GROSSES LAGER von gediegenen Holz- und Polster-Möbeln. 30 fertige Musteräume. — Unbeschränkte Garantie.“

Kauttionen u. Darlehen

M. 9000

für Beamte zu günstigen Bedingungen. Besondere Vorteile in Bezug auf Zinsen. Jeder Darlehensnehmer erhält eine Bescheinigung über die Höhe der Kauttion und hierauf Bezug zu nehmen.

Berlin W. 30, Ruffenb. Nr. 7. Telefon: Amt VI. 4999. G. Hochhaus.















# Schuhwaaren-Ausverkauf.

Meines demnächstigen Umzugs wegen in mein Haus D 3, 12, habe ich mein für die Frühjahrs-Saison besonders reich sortirtes Schuhlager zu bedeutend ermäßigten Preisen dem Ausverkauf ausgesetzt.

Da ich wie bekannt, nur das Beste in Schuhwaaren führe, ist hier Jedermann Gelegenheit geboten, den Frühjahrsbedarf zu billigem Preis zu decken.

## Georg Hartmann, E 4, 6/7.

(Allein-Verkauf von Otto Herz & Co., Frankfurt a. Main.)

Meine jetzigen Geschäftslotale E 4, 6 und E 4, 7 sind ganz oder getheilt, mit oder ohne Laden-Einrichtung zu verkaufen oder zu vermieten.

### Moriz Schlesinger

Mannheim.  
Q 2, 23. Telef. 1062.  
Erstes u. größtes Spezial-  
Bett-Ausstattungs-Geschäft  
empfehlen 61000  
allergrößte Auswahl in  
Bettstellen in Holz, Eisen  
und Messing,  
Köste, gepolstert, Stuhl und  
Matratzen, mit Kopfkissen,  
groß- und Strohfüllung,  
Oberbetten, Plümeaux,  
Kissen  
in allen Ausführungen.  
Größte Auswahl in  
Bettstoffen, Matratzendroll  
(ca. 200 Muster.)  
Barchente u. Flaumdrill,  
Bettzugleinen, Kissen-  
leinen, Damastbezüge,  
Bettdecken  
in reiner Wolle u. Seide,  
Nohhaare, Bettfedern  
und Flaum  
en detail u. en-gros-Preisen.

### J. Schmitt & Cie.

Mannheim, Moltkestr. 6,  
Telephon 1032,  
empfehlen:  
Bauholz nach Listen,  
Breiter u. Satten,  
fertige Thüren u. Fenster,  
Schreiner- und Glaser-  
Arbeiten für Neubauten,  
Parquet-Böden,  
Risten und Ristenheile,  
Dreherei-Artikel,  
Holzwolle, 58402  
Kleidermacherin empfehlt  
sich in und außer dem Hause.  
61902 L 12, 15, 4 Tr. hoch.

**Gelegenheitskauf**  
ungemein billig.  
**Damen - Sonnenschirme**  
in prima Schwarz, garantiert  
Weinfeld, Damast zu . . . Mt. 6.—  
Halbfeld, do. zu . . . Mt. 4.—  
Stets grossartige Neuheiten.

**Franz Jos. Heisel**  
H 1, 2 und H 1, 4.

62817



**Propfe-  
Räder**  
leichtlaufend,  
tadellos gearbeitet,  
aus bestem Material hoch-  
elegant und zuverlässig. 58384  
Fahrradwerke  
**Heinr. Propfe,**  
Mannheim.

E 1, 16 Planken. **S. H. Schloss jun.** E 1, 16 Planken.

**Für Gelegenheits- u. Hochzeitsgeschenke**  
Reiche Auswahl in:  
Schmucksachen in echt und imitiert, Damengürteln, feinen Leder-  
waaren und Reiseartikeln, Filchern jeder Art und Preis, Photo-  
graphicalbums und Rahmen. 61658  
Versilberte und vernickelte Gebrauchs- u. Luxusgegenstände,  
Kunst-Broncewaaren, Ständer- und Tischlampen, Etageren,  
Säulen und Büsten, Aufsätze, Pendulen, Nippsachen.  
➡ **Aeusserst billige Preise.** ➡

Neu eröffnet. **Hut-Fabrik** Neu eröffnet.  
**Ferd. Rehfus**  
D 1, 1. Mannheim, D 1, 1.  
Grösstes Lager in:  
Herren-Hüten, Cylinder (Chapeaux clagues),  
Jagdhüte (Marke „Oberländer“), Kindermützen etc.  
in jeder Preislage. 61309

**Modell-Damenhüte**  
von ersten deutschen, französischen, englischen und belgischen Firmen.

**Franz Christoph's  
Fußboden-  
Glanz-Lack**  
(Christophlack)  
sofort trocknend und  
geruchlos,  
von Jedermann leicht an-  
wendbar, gelbbraun, mah-  
geln, eichen, mahbaum und  
granulartig.  
Wein acht: 59160  
**Mannheim**  
Droguerie z. Waldhorn  
E. Gummich, D 3, 1.

**Eisschränke**  
für Haushaltungen, Hotels, Restaurationen, Flaschenbier-Handlungen, Wehner &c.  
mit Eisbehälter oben, an der Seite und in der Mitte herunter-  
gehend, empfiehlt in großer Auswahl die 61778



**Eisschrankfabrik**  
**Alexander Heberer**  
Neckarauer Landstraße.  
Detail-Verkauf und Musterlager  
O 2, 2 Paradeplatz O 2, 2.

**Krebs-Wichse**  
empfehlen 58750  
**Ab. Speyer,**  
Seitenhämerstr. 42.

**Kur- u. Wasserheilanstalt „Sickingen“**  
(Kerstl. Leiter **Dr. Weiner**) zu Landstuhl (Wfsl) 61829  
Vorzüglich eingerichtete Anstalt für das gesamte wissenschaftlich begründete  
Wasserheilverfahren, System Winternitz. Nachweisbar überraschend günstige  
Heilerfolge bei Gicht, Ischias und Rheumatismus durch Fangbehandlung,  
kombiniert mit Moorbäder, Massage, Special-Abtheilung für Nervenkrankheiten,  
Wilde Wasserkuren, Elektrische Bäder, Cellulosebäder, Dampfbäder, sowie auch Er-  
holungsbedürftigen sehr zu empfehlen. Billige Pensionspreise. Prospekt und Heilberichte  
gratis durch die Anstaltsdirection **Philipp Finger.**

Die schönste und billigste Beleuchtung für Villen, Fabriken &c. ist  
**Acetylen.**  
Apparate, vorzügliches System, Patent- und Musterrecht,  
empfehlen 61215  
**C. König, Gasingenieur, Speyer a. Rh.**  
Calcium-Carbide, auch für Fahrrad-Laternen.

Camfor, Naphthalin  
**Insektenpulver**  
vorzüglicher Wirkung,  
empfehlen billigst 58787  
**Gebrüder Ebert**  
G 3, 14.

**SUPERBE**  
Qualitätsmarke ersten Ranges.  
Detailverkauf: **Laden O 6, 6.**  
Eigene Lernbahn in der Fabrik, Unterhaltung 3.  
Räder werden stunden- und tageweise verliehen.  
Superbe-Fahrradwerk 59538  
**Karl Kircher & Co., Mannheim.**

**PATENT**  
G. KLEVER  
KARLSRUHE



# Candidatenrede

des

## Herrn Reichstagsabgeordneten Ernst Bassermann.

Meine sehr geehrten Herren! Der Reichstag ist geschlossen worden durch den Kaiser in Person im Weißen Saale des Schlosses zu Berlin. Eine Legislaturperiode von 5 Jahren liegt hinter uns. Der Kaiser hat den scheidenden Reichstagsabgeordneten seinen Dank ausgesprochen für die zahlreichen Aufgaben, die sie ihrer Lösung zugeführt haben. Und das mit Recht. Denn es sind in diesen fünf Jahren große Werte geschaffen worden, und es ist Dank zu zollen den Parteien im Reiche, die durch einmütiges Zusammenwirken dieses glückliche Endziel erreicht haben. Nun ist es Pflicht und Aufgabe der Abgeordneten, vor ihre Wähler zu treten, ihnen Rechenschaft abzulegen über ihre Thätigkeit in den zurückliegenden fünf Jahren und gleichzeitig ihnen ihre Anschauungen über den gegenwärtigen Stand der Dinge und die Zukunft darzulegen.

Meine Herren! Zwei nationale Fragen haben den Reichstag beschäftigt, die eine bei dessen Beginn, die andere am Ende der Legislaturperiode. Solche nationale Fragen bleiben nicht aus in einem Reiche, mächtig geinnt seit dem Jahre 1870-71, einem Reiche, das seinen vollen Einfluß in die Waagschale der europäischen und der Weltgeschichte zu werfen berufen ist, in einer Zeit, in der die Nationen sich gewaffnet gegenüberstehen. Es war die Frage der Heeresverfärbung, mit der wir im Jahre 1893 in die Wahlperiode eingetreten sind. Sie ist zu einem glücklichen Ende geführt worden, der neugewählte Reichstag hat die notwendige Majorität gestellt, und mit der Heeresverfärbung ist dem deutschen Volke die zweijährige Dienstzeit zu Theil geworden, eine Erleichterung, in weiten Kreisen begrüßt, eine Einziehung, die sich auch bewährt hat. Es war damals die Frage der Kostenbedeckung, die in der Wahlperiode eine große Rolle spielte. Die Kostenbedeckung ist so erledigt worden, daß es gelungen ist, entsprechend den Ausführungen in der damaligen Wahlperiode, die minder leistungsfähigen Schulklassen zu schonen. Die Kosten sind, soweit sie nicht aus den wachsenden Einnahmen des Reiches bestritten werden konnten, lediglich gedeckt worden durch die Erhöhung der Börsensteuer, die in keiner Weise den redlichen Handel und Verkehr geschädigt hat. Die neuen Steuern, die damals vorgeschlagen wurden, sind im Reichstag zur Ablehnung gelangt. Es war zunächst die Tabakfabriksteuer, welche abgelehnt werden mußte, entsprechend den Zusicherungen, die Leistungsunfähigkeit zu schonen, einmal, weil sie herbeigeführt hätte eine schärfere Belastung des Konsums, weil sie geschädigt hätte die Arbeiter, die kleineren Cigarrenfabriken und mittleren Betriebe. Das Rechte wäre verurtheilt worden durch die vorgeschlagenen schärferen Kontrollmaßregeln. Das Gesetz hätte aber auch Schaden der Landwirtschaft gebracht, und zwar deshalb, weil einerseits in ihm ein Schutz für den Tabakbau in dem Maß wie er gefordert werden muß, nicht enthalten war, weil andererseits eine zu starke Belastung des Rauchtabaks vorgeschlagen wurde. Es ist auch aus diesem Wahlkreise die Ablehnung jenes Gesetzentwurfs gefordert worden. Ich habe beiden Tabakkommissionen als Mitglied angehört und mich im Laufe der Kommissionsverhandlungen, sowie auch in wiederholten Ausführungen im Plenum bemüht, darauf hinzuweisen, daß ein höherer Schutz für unsern Tabakbau eine Nothwendigkeit ist. Ich habe damals in der Kommission den Antrag gestellt, den Eingangszoll auf ausländischen Tabak von 85 auf 100 *h* zu erhöhen. Für diesen Vorschlag sind in der Kommission sowohl der Finanzminister von Bayern als auch derjenige von Baden mit großer Wärme eingetreten. Der Vorschlag wurde abgelehnt, er fand in der Kommission nicht die notwendige Majorität. Aber es werden die Bestrebungen zu einer mächtigen Erhöhung des Schutzes zu gelangen, fortgesetzt werden müssen, und es kann wohl auch die Hoffnung ausgesprochen werden, daß es in der Zukunft gelingen wird, diese Erhöhung des Tabakzolles herbeizuführen.

Das zweite Gesetz, das zur Ablehnung kam, war die Weiser. Das Gesetz hat damals auch im hies. Wahlkreise große Besorgnisse hervorgerufen. Die Winger an der Bergstraße befürchteten mit Recht eine Schädigung ihrer Interessen durch dieses Gesetz. Es wurde deshalb mit Recht verworfen.

Das war die eine große nationale Frage, die den Reichstag beschäftigt hat; die zweite war das Flottengesetz am Schluß der Tagung. Anfangs nicht allseitig freudig begrüßt, hat sich immer mehr und mehr in unserem Volke die Ueberzeugung entwickelt, daß es nothwendig ist, unseren Flottenbestand zu einer organischen Festlegung zu bringen, ähnlich derjenigen, die wir in unserer Heeresformation besitzen; es hat sich aber auch herausgebildet die Ueberzeugung, daß es nothwendig sei, eine Vermehrung unserer Flotte in erheblicher Weise zu schaffen. Das Flottengesetz wurde vorgelegt unter dem Gesichtspunkt, daß unsere Küsten besser geschützt werden müssen als bisher, daß es nothwendig, unserem mächtig sich entwickelnden Export nach überseeischen Gebieten den Schutz einer starken Flotte zu verleihen, daß es nothwendig ist, die Deutschen im Auslande, sofern sie in ihrem Recht getränkt werden, durch deutsche Kriegsschiffe zu schützen, und zu diesem Zweck deren Zahl zu vermehren. Die Flottenverfärbung war auch nothwendig im Interesse der Kolonialpolitik. Nun sagten die Gegner, es sei nicht nothwendig, unsere Flotte zu vermehren, denn unser Handel und unser Export hätten sich auch bei den gegenwärtigen Verhältnissen entwickelt. Dieses Argument ist falsch. Darüber kann heute kein Zweifel sein, daß das kommende Jahrhundert ein heftiges Ringen bringen wird der Kulturnationen um den Absatz in den überseeischen Gebieten. Es hat dies in den letzten Tagen wieder ausgesprochen der österreichische Minister des Auswärtigen Graf Soluchowsky, der dies bereits in einer früheren Rede betont. Er hat darauf hingewiesen, daß Oesterreich genöthigt ist, seine Flotte zu vermehren. Der Export der verschiedenen Länder ist heute groß und wird fortgesetzt ausgedehnt. Die älteren Kulturnationen wachsen ge-

waltig in der Zahl ihrer Bevölkerung, und diese muß ernährt werden. Das kann nur geschehen dadurch, daß wir Arbeitsgelegenheit schaffen durch Ausdehnung unserer Industrie, durch Aufrechterhaltung unseres Exports. Wir sehen überall eine mächtige Entwicklung der Industrie, so in Amerika, in England, in Rußland, in Japan, und alle diese Nationen rüsten sich, Antheil zu nehmen an dieser zweifellos kommenden Entwicklung des nächsten Jahrhunderts. Die sozialdemokratische Partei hat lebhaft gegen die Flottenvermehrung und ihre Organisation gekämpft, meiner Ansicht nach mit Unrecht, denn man mußte doch auf dieser Seite erkennen, daß die Kosten für den Neubau der Schiffe großentheils in den Arbeitslöhnen stecken und deshalb dem deutschen Arbeiter wiederum zu Gute kommen. Daß ferner auch durch die Hebung unseres Schiffbaues unsere Werften im Auslande an Ansehen gewinnen und ihnen dann vom Auslande Aufträge zuschießen, die gewiß auch dem deutschen Arbeiter großen Nutzen bringen. Auch das Flottengesetz hat keine Mehrbelastung des Volkes gebracht. Es ist seitens der verbündeten Regierungen die bestimmte Erklärung abgegeben worden, daß nach der heutigen Finanzlage neue Steuern durch diese Vorlage nicht nothwendig sind. Das können wir bei der ganzen günstigen Entwicklung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse und unserer Finanzen wohl auch annehmen. Es ist aber außerdem im Gesetz eine Bestimmung aufgenommen worden, daß, wenn die Voraussage der Regierungen nicht zutreffen sollte, die Dedung für die Mehrkosten der Flotte nicht gesucht werden darf durch Vermehrung solcher Steuern, welche die Unbemittelten brüden. Auch die Demokratie und der Freisinn standen Schulter an Schulter mit der Sozialdemokratie in der Opposition gegen die Form des Gesetzes, gegen die Festlegung der Flotte in einem Organisationsgesetz, da sie dieses für eine Schwächung des Staatsrechts des Reichstages betrachteten. Sie haben auch gekämpft gegen die Vermehrung der Flotte in dem vorgeschlagenen Umfang. Daß eine starke Flotte für eine mächtige Nation heute eine Nothwendigkeit ist, haben die Vorgänge der letzten Zeit bewiesen, die Vorgänge in Haiti, jener Regerepublik, nach der wir zwei Schulschiffe hinschicken mußten, die, wenn ihnen ein Panzer entgegengetreten wäre, zu Grunde gegangen sein würden sammt der Mannschaft; es haben diese Vorgänge in China, die uns nöthigen, ein starkes Geschwader hinauszuschicken, wodurch die deutschen Küsten fast vollständig entblößt werden mußten. Die Nothwendigkeit einer starken Flotte zeigt sich heute vor Allem aber in dem spanisch-amerikanischen Kriege; es hat sich gezeigt, welche schwere Fehler es war von den Spaniern, nicht rechtzeitig für ihre Flotte zu sorgen und mit diesen veralteten Holzschiffen in den Kampf zu ziehen. Es ist bedauerlich, daß die Freisinnigen und die Demokraten nichts hinzubringen, daß immer wieder in diesen großen nationalen Fragen der Kampf entbrennt und daß sie, wie Herr v. Bennigsen im Reichstage so schön ausführte, die nationalen Fragen der Landesverteidigung zum Exzerzierplatz des Staatsrechts machen. Es ist ein eigen Ding um die Haltung der Freisinnigen in den verschiedenen Fragen. Kommt die Landwirtschaft, kommt der Handwerkerstand, der Mittelstand mit seinen Forderungen, da erschallt ein kräftiges „Nein“ und man fühlt sich vor allen Dingen als berechtigter Vertreter des Handels und der Industrie. Und wird nun aus den Kreisen des Handels der Ruf nach einer Vermehrung der Flotte, nach Vermehrung der Dampfersubventionen erhoben, dann ist dasselbe „Nein“ von jener Seite zu hören. Man braucht sich deshalb nicht zu wundern, wenn die Bedeutung dieser Partei stetig zurückgeht und sie irgend einen maßgebenden Einfluß nicht mehr in die Waagschale zu werfen hat. Durch das Flottengesetz ist eine neue Phase in der deutschen Politik geschaffen worden. Es ist erstmals geglückt, mit dem Zentrum eine nationale Frage zum Abschluß zu bringen ohne vorherige Auflösung des Reichstages. Die Gerechtigkeit erfordert es, diese nationale Haltung des Zentrums anzuerkennen. Das Zentrum ist sich in der Flottenfrage seiner Verantwortlichkeit in nationaler Beziehung voll bewußt gewesen, und es besteht die Hoffnung, daß die Zeiten der deutschen Politik überwunden sind, in denen, um nationale Fragen zum Abschluß zu bringen, erst an die Wähler appellirt werden muß, was unser Ansehen im Auslande immer sehr schädigte.

Meine Herren! Man wirft unserer Partei Marxismus und Militarismus vor. Unsere Marine und unser Heer bilden aber eine feste Gewähr für den Frieden der Welt, das ist keine Frage. Sie erhalten die Machtstellung unseres Reiches und ermöglichen uns, wie Herr Staatssekretär v. Bülow sagte, unseren Platz in der Sonne zu heischen, so wie dies andere Nationen thun. Diese Schlagworte sind also nicht berechtigt. Wir sind überzeugt, daß unser Heer und unsere Marine die beste Gewähr bilden für die Lösung der Kulturaufgaben unserer Nation.

In die letzte Legislaturperiode fällt auch das Zustandekommen des bürgerlichen Gesetzbuches, und an dieses reihten sich mehrere andere Gesetze, die nothwendig waren, um das bürgerliche Gesetzbuch mit dem Beginne des 19. Jahrhunderts zur Einführung zu bringen, des Weiteren das neue Handelsgesetzbuch u. a. m. Das Zustandekommen des bürgerlichen Gesetzbuches schafft uns ein neues nationales Recht, es bildet eine glänzende Epoche in der deutschen Rechtsgeschichte, es wird ein neues Band um die deutschen Stämme schlingen. Auch hier war es möglich, mit dem Zentrum zusammenzuarbeiten und viele Schwierigkeiten zu überwinden. Das Verdienst des verehrten Führers der nationalliberalen Partei, Herrn v. Bennigsen, strahlt auch bei der Erledigung dieser Frage in hellem Lichte. Auch mir war es vergönnt, hier mitzuarbeiten und meinen Theil zur Erledigung dieses hervorragenden Werkes beizutragen. In dem neuen bürgerlichen Gesetzbuch kommt die soziale Fürsorge für die wirtschaftlich Schwächeren voll zum Ausdruck und auch in

dem neuen Handelsgesetzbuch sind Bestimmungen getroffen worden zum Schutze der großen Zahl der Handlungsgehilfen, sowie der kaufmännischen und gewerblichen Beamten. Wir sind eingetreten für die kaufmännischen Schiedsgerichte nach Analogie der Gewerbegerichte. Auch bei dem bürgerlichen Gesetzbuch hat die Sozialdemokratie sich ablehnend verhalten, obwohl sie im Reichstage anerkennen mußte, daß das bürgerliche Gesetzbuch auch für den Arbeiterstand wesentliche Verbesserungen bringt.

Es ist weiter gelungen, eine neue Militärstrafprozessordnung zu schaffen. Das ist eine alte liberale Forderung von uns, im Reichstage immer wieder erhoben. Auch hier gelang es, die Schwierigkeiten zu überwinden, die namentlich in der bayerischen Frage lagen, es gelang, eine Vermittlung zu finden zwischen den Interessen eines modernen Rechts und denjenigen der Disziplin des Heeres, und ich denke, daß eine glückliche Lösung der Angelegenheit erfolgt ist. Wir können heute darauf hinweisen, daß im Militärstrafverfahren mit dem nächsten Jahrhundert ein neues System Platz greifen wird, in welchem die Grundzüge der Mündlichkeit, Oeffentlichkeit und der unmittelbaren Beweisaufnahme der Berufung zur Geltung kommen. An dieses Recht wird sich anschließen müssen die Berufung in Strafsachen, eine unumgängliche Nothwendigkeit, nachdem wir die Berufung für die Militärpersonen eingeführt haben. Die Berufung in Strafsachen soll den Angeklagten ermöglichen, gegen die Urtheile der Strafkammer Berufung zu erheben und an einen zweiten Richter zu gehen, der eventuell in der Lage ist, Irrthümer der ersten Instanz, namentlich auf Grund einer neuen Beweisaufnahme zu beseitigen. Es hat ferner auch die Entschädigung unschuldig Verurtheilter lange in der öffentlichen Diskussion gestanden. Auch diese Frage ist entschieden, und der durchaus richtige Grundsatze zur Einführung gebracht worden, daß, wenn Jemand infolge des Irrthums eines Richters unschuldig verurtheilt worden ist und seine Unschuld sich herausgestellt hat, der Staat verpflichtet ist, den Mann zu entschädigen. Wir sehen also ein reiches Gebiet der Arbeitsleistung des verflochtenen Reichstages.

Wenn wir nun fragen, was wohl die Zukunft bringt, so möchte ich glauben, sollten wir dabei beharren, einzutreten für die weitere Entwicklung unserer ganzen Zustände in der Gesetzgebung und Verwaltung in den alten, gemäßigten liberalen Bahnen, sollten fortzuführen suchen die gesunde Weiterentwicklung der Sozialreform, sollten kräftig fördern die Gesetzgebung für den Mittelstand, die ja in dem einen Theile ihre Erledigung gefunden hat, in dem anderen Theile aber noch ihrer Erledigung harret, sollen unsere Sorge richten auf die landwirtschaftliche Bevölkerung und ihr zu helfen suchen durch die Gesetzgebung, durch die Verwaltung und durch Selbstthätigkeit, um die Nothstände zu beseitigen, die heute vorhanden sind. Diese praktischen Ziele sind allerdings nicht mit Phrasen, nicht mit phantastischen Programmen, wie die Sozialdemokratie solche besitzt, zu erreichen, sondern auf dem Wege des gefunden, ruhigen Fortschrittes. Das soll die Aufgabe der nächsten Jahre sein.

Meine Herren! Man hat die nationalliberale Partei vielfach geschmäht, sie hätte die liberalen Grundzüge vergessen. Mit Unrecht! Zwei große Fragen der Vergangenheit haben erwiesen, daß im rechten Momente die nationalliberale Partei auf dem Kampfplatz steht, um die liberalen Grundgedanken zu verteidigen: die preussische Schulgesetzgebung und der Versuch, das preussische Vereinsrecht reaktionär umzugestalten. In beiden Fällen ist es gelungen, den Ansturm abzuwehren. Wir treten nach wie vor ein für ein liberales Reichsvereinsgesetz, wir haben uns im Reichstage bemüht, dasselbe zur Verabschiedung zu bringen. Ich war selbst Berichterstatter der Kommission, die sich lange damit beschäftigt hat. Wir haben wiederum den alten Initiativantrag im Reichstage eingebracht, um das Verbot zu Falle zu bringen, daß die politischen Vereine nicht mit einander in Verbindung treten dürfen. Die Aufhebung dieses Verbots ist bis jetzt nicht erreicht worden. Die Beseitigung des Verbots wird eine Aufgabe sein, welche die Zukunft sich stellen muß, und ich sollte glauben, daß schließlich auch die Frage eines Reichsvereinsrechts einer glücklichen Lösung entgegengeführt werden kann. Wir halten fest an dem Grundsatze der Koalitionsfreiheit. Wir sind der Ansicht, daß das Recht der Berufsgenossen, sich zur Wahrung und Förderung ihrer Interessen zusammenzuschließen, in keiner Weise beschränkt werden darf.

Meine Herren! Was ist das Schlagwort des heutigen Tages geworden? Die Gefährdung des derzeitigen bestehenden Reichstagswahlrechts. Meine Herren! Wir gefährden dieses Wahlrecht nicht. Wir haben auf dem Berliner Parteitag beschlossen, festzuhalten an diesem Wahlrecht, das Bismarck seinerzeit zur Einführung vorschlug. Wir erkennen an, daß dieses Wahlrecht viele Vortheile für Deutschland zeitig hat. Das soziale Gewissen ist gewedt und der Egoismus der bestehenden Stände zurückgedrängt worden. Wir erkennen an, daß das jetzige Wahlrecht uns die ganze Versicherungsgesetzgebung und die Arbeiterschutzgesetzgebung gebracht hat, daß mittelst dieses Wahlrechts der Mittelstand die nöthige Basis gefunden hat, um mit seinen Beschwerden hervorzutreten, und auch die nöthigen Mittel zu finden, um den entsprechenden Druck auszuüben, daß diesen Beschwerden abgeholfen wird; wir erkennen an, daß mit diesem Wahlrecht auch der Landwirth seine Wünsche zum Ausdruck bringen kann und hoffen darf, eine intensivere Betheiligung der Gesetzgebung für seine Ziele zu erreichen. Wohl hat das jetzt bestehende Wahlrecht auch Auswüchse. Diese werden aber mit jedem Wahlrecht verbunden sein und können als Argument gegen den Bestand des jetzigen Wahlrechts nicht ins Feld geführt werden. Wir wollen auch im Auge behalten, daß bis jetzt in nation-



nalen Fragen das bestehende Stimmrecht nicht versagt hat. Wenn in nationalen Fragen ein Appell an das Volk erfolgte, so ist stets eine Majorität zurückgekehrt, die gewillt war, die nationalen Forderungen zu bewilligen. Meine Herren! Wann und wo gerathen freirechtliche Verfassungen in Gefahr? Das lehrt die Geschichte. Sie gerathen in Gefahr durch revolutionäre Bestrebungen; unter deren Einflüssen sind sie oft zu Grunde gegangen. Die Gefahr für das jetzige Wahlrecht liegt nicht bei uns, sondern in der sozialdemokratischen Bewegung mit ihrem internationalen, mit ihrem republikanischen und revolutionären Charakter, denn niemals glaube ich, daß auf dem Wege der Gesetzgebung die Ziele verwirklicht werden können, welche die Sozialdemokratie verfolgt. Deshalb bekämpfen wir sie, und wir bekämpfen sie weiter, weil wir ihr ganzes wirtschaftliches Programm für ein total reaktionäres halten, das die Freiheit der einzelnen Personen zu Grunde richten muß. Das Wahlrecht könnte nur gefährdet werden durch ein Anwachsen der sozialdemokratischen Gefahr; deshalb schädigen diejenigen das Wahlrecht, welche die Sozialdemokratie fördern. Das ist die demokratische Partei, die womöglich schon im ersten Wahlgang für den Sozialdemokraten eintritt, das sind die freisinnigen Elemente, welche verschämt oder nicht verschämt mit der Sozialdemokratie liebäugeln. Der kommende Reichstag wird keine Mehrheit erhalten, welche das Stimmrecht zu besetzen gewillt ist. Sozialdemokraten, Demokraten, Freisinnige, Centrum und Nationalliberale treten für das jetzige Stimmrecht ein. Bleiben nur die Konserwativen. Wenn man auch der konserverativen Partei mißtraut, ob mit Recht oder Unrecht, so glaube ich nicht, daß sie dieses Stimmrecht antastet. Aber wenn sie es auch wollte, sie hätte niemals die notwendige Majorität dazu. Man wirft uns vor, daß wir feinerzeit mit für die Einführung der fünfjährigen Legislaturperiode gestimmt haben. Das war kein reaktionäres Gesetz, das muß ich betonen. Ob es durchweg vorthellhaft für uns gewirkt hat, ist eine andere Frage. Die sozialdemokratische Bewegung geht weiter, ob wir dreijährige oder fünfjährige Wahlperioden haben, aber für uns haben die fünfjährigen Perioden den Erfolg gezeitigt, daß in gar manchen Theilen Deutschlands das ganze politische Leben einzuschlafen droht. Auf der anderen Seite glaube ich, daß weite Kreise der Bevölkerung mit dieser fünfjährigen Periode zufrieden sind und es für genügend finden, wenn alle fünf Jahre eine beratende Wahlbewegung ins Land getragen wird. Ich bin eingetreten für die Gewährung von Wahlen an die Reichstagsabgeordneten. Ich halte Diäten für wünschenswert, weil ihr Fehlen jetzt sehr oft die Beschlußfähigkeit des Reichstages zur Folge hat. Wir sehen z. B. in Preußen, daß dort eine ganze Anzahl von Kandidaten aufgestellt worden sind, die nur unter der Bedingung kandidierten, daß sie gleichzeitig für den preussischen Landtag aufgestellt werden; also eine ganz bedeutende Vermehrung der Doppelmandate. Es beschränkt sich durch die Diätenlosigkeit auch der Kreis der Personen, die bei der Auswahl der Kandidaten in Betracht kommen. Es wäre für Manchen die Möglichkeit gegeben, die Kandidatur anzunehmen, wenn Diäten gewährt würden. Wir sind auch eingetreten für die Vermehrung der Garantien zur Sicherung des Wahlergebnisses, die sich als notwendig herausgestellt hat, namentlich in den stark industriellen Gegenden der Rheinprovinz und Westfalens, nach Analogie des neuen Verfahrens in Baden. Ich für meine Person bin stets für die Sicherung des Wahlergebnisses entschieden eingetreten. Der Reichstag hat sich auch befaßt mit dem sogenannten Umsturzgesetze. Ich habe auf dem Frankfurter Delegirtenkongress der nationalliberalen Partei gewarnt, diesen Weg zu betreten. Ich habe mich öffentlich dahin ausgesprochen, daß ich mir von einem solchen Gesetze einen Vortheil nicht verspreche. Ich bin der Ansicht, daß eine geistliche Bewegung nicht bekämpft werden darf, bekämpft werden kann mit Polizeimaßregeln, durch den Staatsanwalt und den Schulmann. Die Föhrung unter der Oberfläche ist zweifellos schlummernd, als wenn wir öffentlich sehen und hören, was getrieben und geplant wird, so daß wir danach unsere Gegenmaßregeln einrichten können. Die Bekämpfung der Sozialdemokratie ist eine Nothwendigkeit, aber sie muß erfolgen durch die Verbreitung der Erkenntniß von der Gefährlichkeit der sozialdemokratischen Bewegung in den weitesten Kreisen, durch thumlichen Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien, obwohl das Regime bei der eigenthümlichen Natur der Deutschen immer Schwierigkeiten haben wird, durch die Bekämpfung der Involenz in den eigenen Reihen und der Faulheit, die bei den bürgerlichen Parteien im Wahlkampf zu Tage tritt. Ich glaube nicht an die Wankung der Sozialdemokratie, welche die Freisinnigen erhoffen, die glauben, daß nach einem Jahrzehnt die Sozialdemokraten im freisinnigen Lager sein werden. Aber die Hoffnung brauchen wir nicht aufzugeben, daß für die Mehrheit der Arbeiter, die heute der sozialdemokratischen Fahne folgen, die Erkenntniß kommt, daß sie Utopien nachjagen, die sich nie verwirklichen, und daß ihnen schließlich das sozialdemokratische Programm langweilig werden wird. Wir haben uns auf den Standpunkt gestellt, daß die Sozialreform nicht hille gehen darf. Wir haben auf diesem Gebiete große, mächtige Bewegungsgesetze zu verzeichnen. Wir haben die Arbeiter-Versicherungsgesetze und die Arbeiterschutzgesetze. Andere Aufgaben harren der Erfüllung. Es ist nothwendig der Arbeiterschutz in der Heimarbeit, der Confections-Industrie, wo Reformen dringend nöthig sind. Wir haben auch hier im Reichstage Initiativanträge eingebracht und versucht, durch die Gesetzgebung Hilfe zu schaffen. Es herrschen auch Klagen über die bestehenden Versicherungsgesetze, vielfach mit Recht. Wir müssen suchen, die Organisation zu vereinfachen, eine Verbilligung in der Verwaltung herbeizuführen, um auf diesem Wege die Lasten speziell der Alters- und Invaliditätsversicherung und theilweise auch der Unfallversicherung etwas zu mildern. Es ist unrichtig, wenn behauptet wird, daß im letzten Reichstage ein Stillstand in der Sozialreform zu Tage getreten sei. Es liegen eine Reihe von Initiativanträgen an die Regierung vor, in welchen der weitere Ausbau der Versicherungs- und Arbeiterschutzgesetze gefordert wird, die verlangen eine schnellere Erledigung der Rentenansprüche die Erhöhung der Invalidenrente, die Ausdehnung der Krankenversicherung von 13 auf 26 Wochen, den Anschluß der Invalidenversicherung mit der 27. Woche anstatt jetzt mit einem Jahr. Auch die Lösung der Frage der Wittwen- und Waisenversorgung ist ein sozialpolitisches Ziel, das nicht aus dem Auge gelassen werden darf, das wird nicht von einem Jahr auf das andere verzögert. Unter das Gebiet der sozialen Fürsorge fallen auch die Bestrebungen, den niederen Beamten zu besseren Existenzbedingungen zu verhelfen. In dieser Richtung ist manches im Reichstage geschaffen worden, Anderes harret der Erfüllung. Auch über haben gerade die Vorgänge in der letzten Tagung wiederholt hingewiesen auf die Tendenz, den niederen Klassen zu helfen. Bekanntlich sollten die Gehälter der Staatssekretäre erhöht werden; der Reichstag hat diese Erhöhung aber bisher nicht bewilligt, mit Rücksicht darauf, daß die Regierung dem Verlangen

nach Aufbesserung der Gehälter der niederen Beamten nicht im gewünschten Umfange stattgegeben hat. In dieses Gebiet fällt ferner die Fürsorge für die Invaliden, und hier wird Ihnen allen bekannt sein der Name des Grafen Orlova, ein Mitglied der nationalliberalen Partei, der immer darauf hingewiesen hat, daß für die Invaliden mehr Mittel vom Staate zur Verfügung gestellt werden müssen. Um Sozialpolitik treiben zu können, bedarf es eines, und das ist eine starke Staatsgewalt. Sie ist der beste Schutz für die Arbeiterklassen, und deshalb wollen wir eine starke monarchische Gewalt, wir wollen unser jetziges Regierungssystem nicht vertauschen mit einem parlamentarischen Regime, das die monarchische Gewalt verwässert. Wir sind zufrieden mit den Zuständen, die wir haben, wenn wir hinblicken auf andere Staaten. Schauen wir nach den Republiken in den Vereinigten Staaten und Frankreich. Dort tobt ein Kampf der Interessen eigennütziger und ehrgeiziger Politiker. Die Wahrung dieser Interessen steht im Vordergrund dieser Leute und nicht die Fürsorge für den Staat. So ist es z. B. in Frankreich in langen Jahren nicht gelungen, zu einer vernünftigen Steuerreform, zur progressiven Einkommensteuer zu gelangen. Das mögen sich die Sozialdemokraten auch merken, wenn sie Schwärmen für die Republik und sich als antimonarchisch gebärden.

Was Amerika anbelangt, so herrschen dort die Kräfte, und wir schauen den Egoismus in dem grellsten Lichte wie kaum wo anders. Ich habe schon im Reichstage bei der Petroleum-Interpellation hingewiesen auf die Bestrebungen der amerikanischen Kapitalisten, den ganzen Petroleumhandel in die Hand zu bekommen und damit auch die Preisbildung für die ganze Welt. Was das bedeutet, welcher Verdienst für die Kapitalisten aus diesem Monopol entspringt, darüber geben Auskunft die bekannt gewordenen Enthüllungen, daß 50 bis 60 Prozent Dividende gezahlt worden sind.

In der verfloffenen Legislaturperiode des Reichstages war auch die Mittelstandsbewegung von Bedeutung. Weite Kreise des Mittelstandes klagen, fühlen sich unbehaglich beengt.

Ein Theil der Mittelstandsforderungen konnte erledigt werden, vor Allem wurde die Handwerkerorganisation zum Abschluß gebracht. Seit lange schwebte diese Frage, ohne jedoch eine Lösung finden zu können, weil sich die Anschauungen scharf gegenüberstanden. Auf der einen Seite stand die Justizbewegung mit der Forderung des Befähigungsnachweises, auf der anderen Seite solche Bestrebungen, die eine kraftvolle Organisation des Handwerks ablehnten und den freien Zusammenschluß der Berufsgenossen als den einzigen richtigen Weg betrachteten. Wir haben versucht, eine mittlere Linie zu finden, und sie ist gefunden worden. Dem Handwerk wurde eine Organisation gegeben, wie sie der Handel in den Handelskammern und in einzelnen Theilen des Reiches die Landwirtschaft in den Landwirtschaftskammern besitzen. In den Handwerkskammern sollen sich die Handwerkerinteressen zusammenfinden, Wünsche geltend machen, Reformen im Kreise der Berufsgenossen erörtert werden, um diese dann zur Kenntniß der Regierung zu bringen. Auch hinsichtlich des Unterbaus, der diesen Handwerkerkammern zu geben ist, fanden sich die Meinungen scharf gegenüber. Auch hier gelang es, auf einer mittleren Linie etwas zu Stande zu bringen. Es sollen fakultative Zwangsvereine errichtet werden, wenn die Mehrheit der Berufsgenossen eines Handwerks diese verlangt. Wird aber eine solche Forderung nicht gestellt, dann bilden den Unterbau die freien Gewerbevereine, wie sie bei uns schon eingeführt haben. Es ist nun Sache der Handwerker, kräftig einzusetzen, um an der Hand der ihnen verliehenen Organisation den ihnen gebührenden Einfluß zu erringen. Eine weitere Frage war der Schutz der Handwerker. Wir haben in dieser Sache Initiativanträge im Reichstage eingebracht. Auch hier sind große Mißstände vorhanden, in den landlichen Bezirken und in den kleineren Städten weniger als in den großen Städten, wo jetzt die Handwerker, welche für Bauten Materialien und Arbeit geliefert haben, gar oft von gewissenlosen Spekulanten um ihre Forderungen betrogen werden. Hier eine Sicherung zu finden und den Handwerkern unter allen Umständen aus dem Gebüde, in das sie Arbeit hineingestellt haben, Befriedigung zu garantiren, das war unser Streben. Und nachdem die anfänglichen Vorschläge, wie sie von mir gemacht worden, als unausführbar bezeichnet worden waren, ist nunmehr in preussischen Justizministerium ein Entwurf ausgearbeitet worden, der diese Grundzüge ausgenommen hat und in der nächsten Legislaturperiode des Reichstages zur Vorlage kommen wird. Es ist weiter das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb verabschiedet worden, das sich richtet gegen den Klammerschwindel, der die reelle Konkurrenz schwer schädigt. Zwar sind mit dieser Entscheidung auf Grund dieses Gesetzes von den realen Gewerbetreibenden und Kaufleuten ihre Rechte noch nicht geltend gemacht worden, und deshalb ist die Wirksamkeit des Gesetzes noch nicht voll in die Erscheinung getreten. Andererseits ist der deutsche Richter recht schwerfällig. Er hat noch nicht in vollem Umfange vermocht, den Geist dieses Gesetzes aufzunehmen. In Frankreich hat die ganze Materie ihre Lösung gefunden auf Grund des bürgerlichen Gesetzbuches. Wir haben weiter versucht, im Wege der Reform der Gewerbeordnung die anfänglichen Kaufleute zu schützen gegen die herumziehenden Elemente, und den Hausirhandel, sowie das Detailreisen einzuschränken. Wir haben ferner schärfere Bestimmungen in die Konsumsordnung hineingebracht, um den Zwangsverleihen, sowie leichtsinniges, frivoltes Konsums machen zu erschweren. Eine andere Frage harret noch der Lösung. Dieselbe betrifft die Konsumvereine, großen Waarenhäuser und Bazare, welche dem kleinen Kaufmann so schweren Schaden zufügen. Darüber ist in den letzten Jahren Klavier geschlagen worden, daß auch hier der Staat eingreifen, daß im Wege der Gesetzgebung eine gerechte Besteuerung hergestellt werden muß. Auf der einen Seite sind es die Konsumvereine, die namentlich in Schlesien und Sachsen durch die Großartigkeits ihres Geschäfts betriebes eine Menge selbstständiger Existenzen erdrücken. Auf der anderen Seite sind es die großen Waarenhäuser und Bazare, welche an anderen Orten dem selbstständigen Gewerbetreibenden und Kaufmann schweren Schaden zufügen. Hier eine Reform zu finden auf dem Wege der gerechten Besteuerung wird die Aufgabe des nächsten Jahres sein.

Meine Herren! Ich komme nun zur Landwirtschaft. Es wird da von mancher Seite vielfach behauptet, daß Deutschland sich von einem Agrarstaat zu einem Industriestaat umgewandelt habe. Es ist dies ein unrichtiger Standpunkt, und ich habe ihn immer bekämpft. Deutschland ist kein Industriestaat, Deutschland ist auch kein Agrarstaat, sondern ein gemischtes Staatswesen, das heute noch 43 pCt. seiner gesammten Bevölkerung in der Landwirtschaft beschäftigt. Dieser Zustand wird voraussichtlich auch, so Gott will, recht lange erhalten bleiben. Wir bedürfen einer leistungsfähigen und einer billigen Landwirtschaft aus den verschiedensten Gründen, die ich hier nicht näher entwickeln will; wir bedürfen ihrer vor Allem deshalb, weil sie die Volksernährung erzeugt. Wir haben den Charakter des Po-

litikantes längst abgestreift und sind ein Kulturstaat geworden, der seine Aufgaben dahin erkannt hat, für die einzelnen Berufs-klassen zu sorgen. Das haben wir gezeigt in der großen Arbeitergesetzgebung, in der Fürsorge für das Handwerk, und wenn nunmehr intensiver als früher auch seitens der Landwirtschaft der Ruf nach stärkerem Schutz erschallt, so müssen wir sagen, was dem Einen recht ist, ist dem Anderen billig. Ich verweise auf die Bestrebungen, die sich jetzt in dem freihändlerischen England geltend machen. Dieser Staat ist vollständig zu einem Industrie-staat umgewandelt worden. Ich habe in diesen Tagen eine Zusammenstellung gelesen, in der mitgetheilt wird, daß im Jahre 1884 an Getreide in England erzeugt wurden 17,583,000 Quarter, während die Einfuhr 2,983,000 Quarter betrug. Im Jahre 1894-95 befristete sich der Körnerbau in England nur auf 4,800,000 Quarter, während die Einfuhr auf 23,300,000 Quarter gestiegen war. Das ist das Resultat der Schullosigkeit, die England seiner Landwirtschaft gegenüber dem Import von ausländischem Getreide hat zu Theil werden lassen. England hat seine Landwirtschaft verfallen lassen. Es hat zugelassen, wie sich das Ackerland in Weideland verwanbelte. Was ist die Folge? Heute muß England zusehen, wie ein Staat nach dem anderen sich eine starke Flotte anschafft, und die Gefahr, daß durch eine Coalition der Mächte eine Blockade der englischen Küste erfolgen kann, ist näher gerückt. Damit ist die Gefahr der Hungersnoth im Falle eines unglücklichen Krieges aufgetaucht, und nun erschallt jetzt in England der Ruf nach Errichtung von staatlichen Körnerspeichern. Man sagt: „Wir müssen Vorräthe anlegen für den Kriegsfall“, ein parlamentarischer Ausschuß hat sich schon mit dieser Frage beschäftigt. Auch in Rußland erörtert man die Frage der Errichtung von staatlichen Körnerspeichern, obgleich dieses Land ein Ackerbau treibender Staat ist. Bei dem Studium der Frage kommt man unwillkürlich darauf, auch einmal die Geschichte nachzusehen. Wie finden da Ausführungen des freisinnigen Herrn Professors Mommsen in Berlin, welcher darauf hinweist, warum Italien zu Grunde gegangen ist. Er sagt, das alte Rom ist zu Grunde gegangen, weil die italienischen Bauern keinen Schutz fanden gegen die Körnerernte aus Sizilien und Nordafrika. Aus diesen Erwägungen heraus sind wir dazu gekommen, Schutz-zölner zu sein auch für die Landwirtschaft. Ich habe in diesen Tagen gelesen, die nationalliberale Partei bestünde aus Schutz-zöllnern und Freihändlern. Soweit sich dies auf die Reichstagsfraktion der vergangenen 5 Jahre bezieht, ist es vollständig unrichtig. In der nationalliberalen Reichstagsfraktion der vergangenen 5 Jahre hat sich überhaupt kein einziger Freihändler mehr befunden. Es wird die Frage aufgeworfen, hat die Industrie, hat die Arbeiterschaft ein Interesse an dem Wähen der Landwirtschaft? Diese Frage muß bejaht werden. Unsere Industrie ist zwar auch angewiesen auf den ausländischen Markt, und demgemäß müssen wir an dem Export festhalten und ihn auszubehnen suchen. Aber ein Moment der Unsicherheit ist zweifellos in dem Export vorhanden. Das können wir jetzt sehen an den englischen Verhältnissen, das können wir sehen an der amerikanischen Politik. In England ist man bestrebt, die Kolonien mehr mit dem Mutterland zu verknüpfen und ein engeres Zollband um das Mutterland und die Kolonien zu schlingen, mit der Tendenz, die Einfuhr in die Kolonien aus anderen Ländern ungünstiger zu behandeln als aus dem Mutterland. Das bedeutet das Einschmachten des freihändlerischen Englands in die Bahn des Schutzzolls. Dabon wird ein großer Theil unseres Exports betroffen. In Amerika bestrebt man sich, einen immer höheren Schutz Zoll aufzurichten und das Ausland fernzuhalten, um die heimische Industrie hochzubringen. Auch das läßt uns mit Sorge in die Zukunft sehen. Und bilden wir nach Japan, so finden wir auch dort eine mächtige industrielle Entwicklung, welche ihre Erzeugnisse nach den verschiedensten Theilen der Erde verschickt. In Anbetracht dieser Verhältnisse ist es zweifellos richtig, neue Absatzgebiete für unsere Industrie zu suchen. Deshalb begrüßen wir die Politik unseres Kaisers, der unserer Industrie neue Absatzgebiete erschlossen hat in China, wo er rasch und energisch zugriff, um uns ein Stück Land zu sichern, von wo aus der Absatz der deutschen Industrieprodukte und der Erzeugnisse der deutschen Arbeit erfolgen kann. Neben den Exportgebieten kommt für die deutsche Industrie in Frage der einheimische Markt, namentlich die zahlreiche landwirtschaftliche Bevölkerung. Für die Industrie ist eine leistungsfähige Landwirtschaft von der größten Wichtigkeit. Wenn die Landwirtschaft lauft, wächst der Absatz der industriellen Produkte, wächst die Arbeitsgelegenheit für die Arbeiter. Die Landwirtschaft kann aber nur laufen, wenn sie selbst prosperirt, wenn sie selbst lohnende Preise hat, wenn sie leistungsfähig ist. Es ist das alte Lied, daß die Einseitigkeit der Interessen der Berufsklassen gepöbert werden muß und nicht die einzelnen Berufe gegeneinander ausgepielt werden dürfen. Aus diesen Erwägungen heraus ist erwachsen die vielgeschmähte Politik der Sammlung. Es ist dies kein künstliches Werk, in einzelnen Köpfen entstanden, sondern es ist das Werk der wirtschaftlichen Noth, es ist das Werk schwerer Sorge politischer Männer, die nicht wissen, was aus der Zukunft werden soll, die sagen: Wohin treiben wir, wenn sich ein erbitterter Kampf entspinnt zwischen der Landwirtschaft auf der einen Seite, dem Handel und der Industrie auf der anderen Seite. Man hat deshalb versucht, zur Einigung zu kommen: Auf der einen Seite die Landwirtschaft zu veranlassen, Handelsverträge mit längerer Dauer zu concediren, auf der anderen Seite die Zustimmung der Industrie zu erlangen, daß in diesen Handelsverträgen die Interessen der Landwirtschaft besser gewahrt werden als bisher. Wenn unsere Industrie nach fremden Ländern exportiren will, wird sie sich dem Geschmack fremder Nationen anpassen müssen; sie muß selbstverständlich dazu auch Einrichtungen treffen, die mit großen Kosten verbunden sind, sobald eine Rentabilität nur zu erwarten ist, wenn Handelsbeziehungen angeknüpft werden, die eine längere Dauer in sich tragen. Was die Landwirtschaft anlangt, so besteht darüber kein Zweifel, daß sie bei dem deutsch-österreichischen Handelsvertrag die Zehne bezahlt hat. Es ist nicht gerechtfertigt, deshalb die Männer zu schmähcn, die damals für jenen Handelsvertrag eingetreten sind. Ich war nicht Mitglied des Reichstages in jener Periode, bin aber über die ganzen Dinge genau orientirt. Auf dem Berliner nationalliberalen Delegirtenkongress ist festgestellt worden von authentischer Seite, daß Oesterreich damals die Herabsetzung des Getreidezolles von 5 auf 3 1/2 überhaupt gar nicht verlangt hat, sondern, daß diese Herabsetzung von uns in Zukunft aber aufrecht erhalten werden sollte. Das war das treibende Motiv der Herabsetzung. Später hat sich dies als ein Fehler herausgestellt. Die Preisentwicklung für die landwirtschaftlichen Produkte war eine derartige, daß man nur sagen kann, es ist zu bedauern, daß die Herabsetzung des Zollfußes erfolgt ist. Man konnte aber die Preis-



Entwicklung nicht voraussehen. Nun wird die Frage aufgeworfen, warum, wenn das Gesagte richtig ist, wir für den russischen Handelsvertrag gestimmt haben. Darauf ist zu entgegnen, daß der russische Handelsvertrag weitere Opfer für die Landwirtschaft nicht gebracht hat; Opfer hat von der Landwirtschaft nur der österreichische Handelsvertrag gefordert. Mit dem russischen Handelsvertrag dagegen sind lediglich Vorteile eingetauscht worden, speziell für Süddeutschland. Bei dem russischen Handelsvertrag hat unter meiner Verantwortung der Reichstag seine Zustimmung geknüpft an die Aufhebung des Identitätsnachweises und an die Beseitigung der preussischen Staffeltarife. Daß der Identitätsnachweis verheerend gewirkt hat, das kann man in dem neu erschienenen sozialdemokratischen Handbuch für Wähler nachlesen. Das ist überhaupt unbestreitbar. Mit dieser Maßregel ist der Zollschuß von 3,50 M in vollem Umfange in die Erscheinung getreten, während dies vorher nicht der Fall war. Die Aufhebung der preussischen Staffeltarife hat uns die billigen Bahnfrachten von Preußen vom Halbe geschafft und die Konkurrenz des preussischen Getreides beseitigt. Im Uebrigen kann ich nur sagen, daß die Differenzialzölle, d. h. der Zustand, daß man von einem Staate 3 M 50 S, von dem anderen höhere Zölle erhebt, wohl den Staat schädigt, der die höheren Zölle zu bezahlen hat, daß aber unsere Landwirtschaft von diesen Differenzialzöllen nicht den geringsten Vorteil hatte. Denn kommt das Getreide nicht von dieser Seite, so kommt es von der anderen, kommt es nicht von Osten, so kommt es von Norden ins Land. Es haben deshalb alle baltischen Abgeordneten mit Ausnahme eines einzigen für den russischen Handelsvertrag gestimmt. Wenn man nun die Frage aufwirft, wie soll künftig besser für die Landwirtschaft geforgt werden, so gibt es hier zwei Wege: Der Eine ist der, daß man den Zollschuß erhöht, der Andere ist der, daß man den Getreidezoll überhaupt abschafft und den künftigen Handelsverträgen und ihn autonom reguliert, d. h., daß man es Deutschland überläßt, seinen Getreidezoll selbstständig zu gestalten, und ihm dadurch eine gewisse Beweglichkeit gewährt. Ob ein solcher autonomer Zolltarif durchführbar ist, können wir heute nicht entscheiden. Wir müssen das der Regierung überlassen. Wenn man aber ohne Weiteres sagt, daß das Ausland niemals einen autonomen Getreidezolltarif acceptiren wird, so möchte ich das bestreiten. Der Interesse am Getreideexport nach Deutschland hat für den kann die Höhe des Zollschusses nicht in Betracht kommen, er hat nur Interesse daran, daß er nicht schlechter behandelt wird, als die anderen mit ihm konkurrierenden Exporteure. Dies gilt, so lange das Ausland den Zoll trägt, was bei 3,50 der Fall war und bei 5 und 6 M der Fall sein wird. Die zweite Frage ist die, soll, wenn die Handelsverträge abgelaufen sind, und die Verhältnisse der Landwirtschaft einen höheren Schutz erfordern, ein solcher bewilligt werden? Ich erkläre offen für meine Person, daß ich keinen Anstand nehme für einen höheren Zoll einzutreten, wenn dies für die Landwirtschaft notwendig ist. Nach den Erklärungen, welche in dem letzten Jahre vom Regierungsrath insbesondere durch den Minister Hammerstein und den Staatssekretär Grafen Posadowsky im Reichstage abgegeben wurden, kann kein Zweifel bestehen darüber, daß die Regierung ein hohes Verantwortlichkeitsgefühl für die Lage der Landwirtschaft hat, daß sie fest überzeugt ist, daß besser für die Landwirtschaft geforgt werden müsse, daß in dieser Richtung die Aera Caprivi zu verlassen ist. Was den Reichstag anlangt, so besteht kein Zweifel darüber, daß die große Mehrzahl der neuen Reichstagsabgeordneten auf dem Standpunkt stehen wird, den zu entwickeln ich die Ehre hatte. Die Gegner der Erhöhung der Getreidezölle verweisen nun auf die heutigen hohen Preise. M. H.! Dieser hohe Preisstand ist hervorgerufen durch besondere Verhältnisse. Ein Ausnahmezustand kann nicht bestimmend sein für die Gestaltung des Getreidezolltarifs für eine Reihe von Jahren. Die heutigen Preise sind bedingt einmal durch die schlechteren Ernten in dem vergangenen Jahre, vor Allem aber durch den Krieg und die wilden Preistreiberien an der amerikanischen Getreidebörse. Sie sind als eine Ausnahme zu bezeichnen und deshalb bin ich auch gegen eine Suspension der Getreidezölle. Die Gewähr, daß die Verhältnisse nicht wiederkehren, welche in den letzten Jahren existirten, ist nicht vorhanden. So ist die Politik der Sammlung entstanden. Sie geht dahin, daß man einerseits langfristige Handelsverträge verlangt, auf der anderen Seite gleichzeitig aber für eine bessere Fürsorge für die Landwirtschaft eintritt. Es können ja einst Zeiten kommen, wo Argentinien, Amerika und andere Staaten so stark bedrückt sind, daß sie den größten Theil des Getreides, welches sie heute verkaufen, selbst konsumiren, so daß dann die heutige starke Zufuhr aufhört. Das mag sein, aber eben diese Zeiten kommen, müssen wir suchen, unsere Landwirtschaft durch

Zollschuß über Wasser zu halten. Von einer Feindschaft gegen Industrie, Handel und Arbeiter ist in dieser ganzen Politik der Sammlung absolut nicht die Rede. Man kann dies schon daraus ersehen, daß sich unter dem Sammlungsaufschuß die Namen zahlreicher hervorragender Industrieller befinden. Es ist lebhaft betont worden, daß man hofft, mit dieser Sammlungspolitik den Zollkrieg zu vermeiden. Auch die Landwirtschaft ist ja an dem Export stark betheilig, soweit Zucker, Spiritus und Wein in Frage kommen. Die ganze Sache knüpft an an die alte Bismarcksche Politik vom Jahre 1879, in der das Prinzip des Schutzes der nationalen Arbeit ausgerichtet ist. Diese Politik hat sehr segensreich gewirkt. An sie knüpft an die ganze Blüthe der deutschen Industrie, knüpft an die starke Steigerung der Löhne, auf die wir zurücksehen können, und die z. B. in Rheinland Westfalen sich für die Bergarbeiter auf 300 M pro Jahr beläuft. Dieser großen Steigerung der Arbeitslöhne gegenüber können erhöhte Kornpreise keine Rolle spielen. Der springende Punkt für die Arbeiter liegt darin, daß die Blüthe der Industrie aufrecht erhalten wird, daß die Industrie in die Lage versetzt ist, fortwährend so hohe Löhne zu bezahlen wie bisher. Auch ist zu berücksichtigen, daß, wenn die Landwirtschaft blüht, auch höhere Löhne in dieser bezahlt werden können, womit die große Frage des Arbeitermangels auf dem Lande ihre beste Lösung finden würde. Auch für die Arbeiter in der Stadt würde dies insofern wieder von Vorteil sein, als das Zustromen der Arbeiter vom Lande in die Stadt eine Einschränkung erfahren würde. Man muß eben auch hier sagen, wenn ein Glied des Körpers leidet, leiden auch andere Noth, und deshalb muß eine Politik des Ausgleichs betrieben werden, die alle diese Bestrebungen in die richtigen Wege zu leiten sucht.

Meine Herren! Der Politik der Sammlung ist nun eine Politik der Gegenfammlung gegenübergestellt worden, welche sich gegen einen besseren Schutz der Landwirtschaft ausspricht. Ich glaube, daß diese Leute auf einem falschen Wege sind, indem sie sagen, daß für die Landwirtschaft schon genügend geschehen sei, daß es genüge, den Zollschuß der Landwirtschaft in der gleichen Höhe wie bisher zuzugestehen, daß eine Steigerung desselben nicht erforderlich ist. Es ist ja auf landwirtschaftlichem Gebiete in den letzten Jahren schon Manches geschehen. Ich verweise auf das Börjensegeß, das auf der einen Seite der Börse eine feste Organisation gab, und in den Börsenausschuss, in den Vorstand der Börse, den Vertretern der Landwirtschaft und der Mülerei sich und Stimme einräumte, und das auf der anderen Seite das Verbot des Getreideterminhandels enthält, hervorgerufen durch die zweifelslos vorhandenen Mißstände an der Berliner Getreidebörse. Die nationalliberale Reichstags-Fraktion, die sich einstimmig für das Verbot des Getreideterminhandels aussprach, ist viel angefeindet worden, wegen dieser Abstimmung, und doch sollte man meinen, wenn man die heutigen Preistreiberien in Amerika ansieht, könnte man sich mit der Beseitigung des Terminhandels speziell in Berlin, sehr zufrieden geben. Deutschland ist den Preistreiberien lange nicht in dem Maße nachgegeben, wie sie in Amerika verübt werden. Wenn wir heute den Terminhandel noch hätten, würden wir sicherlich auch in Deutschland ganz andere Schwünge zu verzeichnen haben.

Noch der Erledigung harret die Erlassung schärferer Maßregeln auf dem Gebiete der Bekämpfung der Viehschnecken. Im preussischen Landtag ist in Aussicht gestellt worden, ein Gesetz im Reichstage einzubringen, welches die obligatorische Fleischschau einführt und welches die Grundlage bildet, um auch die Bestimmungen über die Einfuhr von Fleisch und Vieh aus dem Ausland zu verschärfen. Auf diese Weise wird die Einfuhr verfaulenden Viehes oder schlechten Fleisches vom Auslande hintangehalten werden. Ich verweise auf die erfreuliche Thatsache, daß sich das preussische Abgeordnetenhaus in einer Resolution einmütig auf den Standpunkt gestellt hat, daß obige Forderung im Gebiet der Viehschnecken im Ganzen, Getreidebäuer zu erachten, wo das Getreide gelagert, gesiebt und sortirt werden kann, um dann eine bessere Verwerthung zu finden und es den großen Mühlen zu ermöglichen, mehr als bisher dort inländisches Getreide zu kaufen. Diese Getreidebäuer würden aber auch den weiteren Erfolg haben, eine Verleihung des in ihnen lagernden Getreides herbeizuführen, und es dadurch den Landwirthen zu ermöglichen, die Marktconjuncturen besser auszunützen. Auf diesem Gebiete liegen auch die Bestrebungen, den Landwirthen leichteren Kredit zu verschaffen. Es sind in dieser Richtung vom preussischen Finanzminister Miquel große Geldbeträge zur Verfügung gestellt worden durch Errichtung der preussischen Landescredittasse. Es gehört ferner zu diesem Gebiete die ganze Frage der Steuerreform, wie sie vorbildlich von dem preussischen Finanzminister Miquel durchgeführt

worden ist, die u. a. dahin geht, eine Entlastung der landwirtschaftlichen Betriebe herbeizuführen. Es gehört hierzu das Bestreben, an Stelle großer Güter Bauerngüter zu errichten, die sogen. innere Colonisation, Bestrebungen, die schon große Erfolge in Deutschland aufzuweisen haben, speziell in den östlichen Provinzen Preußens, wo schon eine ganze Anzahl kleiner Bauerngüter errichtet worden ist.

Meine Herren! Als ein großes Mittel, um der Landwirtschaft zu helfen, wird die Aenderung der Währung bezeichnet. Ich muß mich gegen eine solche Maßregel erklären. Wir müssen festhalten an unserer Währung. Von den Gegnern der Goldwährung ist ins Feld geführt worden, daß die Zeit kommen werde, wo nicht genügende Goldvorräthe vorhanden sind. Dieser Einwurf ist unbegründet, denn die Goldproduktion hat sich in den Jahren 1871-96 geradezu verdoppelt. Wir können an eine Aenderung unserer Währung schon deshalb nicht denken, weil nach und nach alle Kulturstaaten von der Silberwährung zur Goldwährung übergehen. Das haben wir in den letzten zwei Jahren gesehen, in denen Skandinavien, Dänemark, Rußland und Japan zur Goldwährung übergegangen sind. Wenn wir uns auf dieses gefährliche Experiment einlassen würden, so hätte den Vorteil davon Amerika mit seiner großen Silberproduktion und Frankreich mit seinem großen Staatschatz an Silber.

Meine Herren! Der Politik der Sammlung wird von den Gegnern vorgeworfen, daß sie nichts Anderes sei als eine Förderung des Junkertums, eine Förderung der Reaktion. Meine Herren! Das sind Schlagworte. Die Politik der Sammlung spielt sich nicht ab in den Kreisen des Junkertums, sondern in den weiten Erwerbskreisen des deutschen Volkes, ist hervorgerufen aus dem heißen Streben, zu besseren wirtschaftlichen Verhältnissen zu kommen.

Meine Herren! Wenn wir den Wahlkampf ansehen, auch die Gegenfammlung, so bietet sich uns kein erfreuliches Bild. Man sieht die Demokraten und Freisinnigen an der Seite der Sozialdemokraten, und doch ernten sie von den Bestreibern nur eitel Spott und Hohn. Mit Eugen Richter uns zu sammeln, ist unmöglich, angesichts der Thatsache, daß er in nationalen Fragen immer verfaßt. Auch was die Mittelstandsbeziehung und die wirtschaftlichen Fragen anlangt, so wandelt er auch andere Wege, als wie wir sie für richtig halten, und auch die Stellung des Herrn Richter zur Sozialdemokratie können wir nicht gut heißen. In den letzten Tagen des Reichstages hat mir Befehl offen erklärt, daß sie die Alten gelieben sind und bleiben werden, daß an eine Aenderung nicht zu denken sei, und Singer hat ausgeführt, die Sozialdemokratie unterscheidet sich von allen anderen Parteien dadurch, daß sie die bürgerliche Gesellschaft als solche bekämpft.

Meine Herren! Sie werden einsehen, daß wir uns mit solchen Elementen nicht zu sammeln vermögen. Ich habe die feste Hoffnung, daß wir besseren Zeiten im politischen Leben entgegengehen. Neue, große Gesichtspunkte tauchen auf und finden volles Verständnis in weiten Kreisen des Volkes. Ich glaube, daß wir in Zukunft starke national gestimmte Mehrheiten im Reichstage zu verzeichnen haben werden, Mehrheiten, die nicht daran denken, die Grundrechte des Volkes anzutasten, die eintreten für Industrie und Handel, für die Arbeiter, für die Landwirtschaft. Kein Grund zum Pessimismus ist vorhanden, wir blicken mit Freude auf unsere starke monarchische Gewalt, auf die Thatsache, daß das monarchische Gefühl in Deutschland seit 1870-71 mächtig erstarkt ist, auf den Aufschwung unserer Industrie, auf die glückliche Entwicklung des Handels, auf die Steigerung der Löhne, und wir sollten hoffen, daß es bei richtigen Maßregeln auch gelingen wird, die Noth der Landwirtschaft zu beseitigen. (Großer Beifall.)

Meine Herren! Ich habe in dieser Aussprache versucht, einen Ueberblick zu geben über das, was geschehen ist, und über das, was ich gethan, welche Grundsätze mich geleitet haben und über das, was ich zu thun gedenke. Ich habe mich in meinem politischen Leben immer bestrebt, kein einseitiger Parteipolitiker zu sein. (Bravo!) Dieser Grundsatz hat sich als richtig erwiesen in meiner Thätigkeit in den verfloßenen fünf Jahren. Ich habe gelernt, mit anderen Parteien zusammen zu arbeiten, ich habe mich bemüht, mit ihnen in der und jener Frage einen gemeinsamen Boden zu finden, ich habe gelernt, den Gegnern zu achten und auch von ihm zu lernen. In diesen Grundsätzen werde ich festhalten, ob als Abgeordneter zum deutschen Parlament, ob als Führer einer Partei oder als einfacher Bürger und Wähler. (Minutenlanger stürmischer Beifall.)

Alle praktische Neuerungen — Vervollkommenheiten — höchste Eleganz — sind in

# Dürkopp-Räder

vereinigt, sind somit tonangebend aller Fabrikate und



**Allen voran!**  
Georg Schmidt, P 1, 7, zwischen Breitenstraße und Reims, Radhelfer.

Generalvertreter der  
Bielefelder Masch.-Fabrik (vorm Dürkopp & Co.)  
Größte Fabrik der Fahrrad-Branche.  
Reichhaltige Auswahl an besten Plätzen.  
Reparatur-Werkstätte aller Systeme und  
Emailir-Anstalt

Erklärung unter  
leicht. Instruktionen.  
Jahresproduktion  
20.000 Radfahrer.

Bequeme  
Zahlungs- u. Creditierung.  
Arbeiterzahl  
über 4000.

Die Säuglings-Ernährung nach dem bewährten System von

## Prof. Dr. Soxhlet

ist in zuverlässiger Weise ausschließlich nur mittelst des von Prof. Dr. Soxhlet selbst erfundenen

### Sterilisir-Apparates

mit Luftdruckverschluss  
D. R. P. Nr. 57324

durchzuführen. Wer sich vor Missethungen schützen will, weise alle Abänderungen Unberufener oder Nachahmungen zurück und verlange den

### Original-Soxhlet-Apparat

mit dem Namenszug des Erfinders; insbesondere achte man darauf, dass jede Flasche diesen Namenszug trägt. Nur diesen Apparat ist eine richtige, vom Erfinder des Systems verlassene Gebrauchsanweisung beigegeben.

Alleinige Fabrikanten  
Metzeler & Co., München,  
Egl. Bayer. Hot-Gummi- und Asbest-Waaren-Fabrik.  
Verkaufsstellen an allen bedeutend. Orten Deutschlands,  
in MANNHEIM bei  
**Hill & Müller,**  
Gummi- u. Asbestwaaren. 81488

In allen Staaten patentirt

## Fernschliesser

von jedem beliebigen Punkte eines Zimmers aus und zurückgebend

Preis 6 Mark.

N 4, 23. Heh. Gordt N 4, 23.  
Ban- u. Kunstschlosserei, Sandtelegraphen-Anstalt,  
Teleph. No. 39. Mannheim. Teleph. No. 39.  
Sendungen nach Auswärts gegen Nachnahme.

# Gefrorenenes

stets vorrätlich. 62072

Conditor G. Ehrbar, H 4. 28.

## Fortsetzung

des 60659

# Ausverkaufs

beliebiger Waare meines Engros-Lagers in

## Zuch und Buchskins

für Frühjahr- und Sommerfaison 2c.

beigeeignet, findet zu weiter bedeutend ermäßigten Preisen statt

# F 1, 7a, Marktstraße.

C. L. Gotthold,  
in Firma Gotthold & Forrer.  
N.B. Eine große Partie Resten außerordentlich billig.

## Vogi'sche Metall-Putzmittel.

Putzpomade 60420  
Putzextract.



Kleingewährt. Ueberall käuflich.

## Restaur. Bachus,

G 5, 7.

Ich empfehle guten bürgerl. Essen 62408

### Mittagstisch

im Abonnement zu 60 u. 80 Pfennig, ebenso prima Exporthier (hell u. dunkel) aus der königl. Preussischen Schlachthaus Frankfurt.

J. Paul.

### Patent-

und Maschinenbau, Con-  
struktionen nach Angabe, Zeichnungen u. Beschreibungen werden schnell ausgeführt von 44208  
Auf dem Zug, U 3, 20

## Stückhölzer

auf Länge geschnitten und gebündelt, frei an die Baustelle geliefert, billigst. 62503

## Otto Jansohn & Co.

Dampf-Säge- und Hobelwerk, Mannheim.



